

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946

108 (16.11.1946)

SPD, Religion und Kirche

Von Dr. Heinrich Dietrich

Ueber dieses Thema wurde schon viel geschrieben und gesprochen, so daß man mit Fug und Recht annehmen sollte, daß die Fronten klar vor allen Augen liegen. Man kann sich indes den Eindrücke nicht erwehren, daß immer wieder von gewissen Seiten versucht wird, die Fronten zu verschieben, um dann von einer solchen Einbruchstelle aus zum Angriff überzugehen. Im Interesse der Wahrhaftigkeit wollen wir wieder einmal der Versuch unternehmen, das Verhältnis zwischen SPD, Religion und Kirche in einigen markanten Strichen herauszuarbeiten.

In ihrem geschichtlichen Ursprung und Weggedang ist die SPD die Partei jener Bevölkerungsschicht, die unter dem aufkommenden Industrialismus ihre ländliche Bindung verlor und als Großstadtproletariat in ein menschenswürdiges Dasein kämpfte. Nicht zuletzt ist es der SPD und den Gewerkschaften zu verdanken, daß mit der Zeit die soziale Lage des Proletariats gebessert wurde und eine deutsche Arbeiterschaft entstand, die wegen ihrer Tüchtigkeit, Arbeitsfreude und ihres Klassenbewußtseins in der Welt fast unerreicht dastand.

Zu ihren Gegnern zählten auch die Kirchen. Im Gegensatz zu England und Amerika waren die Kirchen in Deutschland, soweit sie sich in politische und wirtschaftliche Fragen einmischten, das Sprachrohr der bürgerlichen und bäuerlichen Welt. Unterstützt in der Ablehnung gegen die Kirche wurde die sozialistische Arbeiterschaft noch durch manchen ihrer Führer, die den sozialen Kampf der Arbeiterschaft zu einem Kampf um eine neue Weltanschauung zu erweitern suchten. Sozialismus als Kampf um eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsform hat aber weder mit Kirche noch mit Religion grundsätzlichen etwas zu tun. Sozialismus und Religion liegen auf verschiedenen Ebenen. Es kann also einer gleichzeitig ein guter Christ und ein guter Sozialist sein.

Programmatish hat sich die SPD niemals weder gegen die Kirche noch gegen die Religion ausgesprochen. Wenn sie von Trennung von Staat und Kirche gesprochen hat, so forderte sie das, was in vielen Ländern — nicht zum Schaden der Kirche — schon längst durchgeführt ist und was fromme Protestanten und Katholiken zu allen Zeiten ebenfalls als die Kirche gemäßer vertreten haben. Der Satz: „Religion ist Privatsache“ ist doch nur in seiner Gegenüberstellung richtig zu verstehen. Keine Staatsache, wie es doch durch die Jahrhunderte zum Nachteil der Kirchen selbst der Fall gewesen ist.

Die sozialistische Bewegung ist in die Breite und Tiefe gegangen und hat Einlaß gefunden in Bevölkerungsschichten, die die SPD zur stärksten oder zweitstärksten Partei machten. Wenn sich die Kirchen den Auseinandersetzungen zwischen den Parteien fernhalten, wird es keinem Sozialisten einfallen, in irgendeinem Sinne sich feindlich gegen die Kirche einzustellen. Sobald sich aber eine Kirche in den Dienst einer politischen Gruppe stellt, wird sie der SPD als scharfe Gegnerin beggnet.

Aber auch dann noch wird die SPD nicht gegen die Religion kämpfen. Sie macht einen klaren Unterschied zwischen Religion und Kirche. Kirche ist eine menschliche Organisation mit allen Vorzügen und Schwächen, die nun einmal Menschenwerk anhängt. Man kann auch eine Kirche oder eine kirchliche Herausnahme aus einer tiefen religiösen Haltung heraus bekämpfen! Man kann aber wohl nicht mehr länger behaupten, die SPD sei kirchenfeindlich, nachdem sie in der kommenden Verfassung die Bedeutung der Kirchen für die Bewahrung der religiösen und sittlichen Grundlagen des menschlichen Lebens voll anerkannt hat.

Die SPD ist so erfüllt vom Gedanken der Toleranz und der Freiheit, daß sie stets auf der Seite jener stehen wird, die um ihres Glaubens oder ihrer Überzeugung wegen verfolgt werden. Bei keiner anderen Partei ist also die Religion besser aufgehoben. Die SPD kann deshalb nicht verstehen, daß sich politische Parteien nach Konfessionen ausrichten. Denn ein weltanschauliches Bekenntnis in der Politik hat doch nur solange einen Sinn, solange eine solche Weltanschauung politische verfolgt wird. Da das heute in Württemberg-Baden von keiner Partei geschieht, kämpfen konfessionell gebundene Parteien gegen ein Phantom. Um seine Daseinsberechtigung nachzuweisen, muß nach Beweisen gesucht werden, die die anderen Parteien als Kirchen- oder Religionsfeinde stempeln. Dadurch wird ein Ton in das politische Leben getragen, der verletzend und vergiftend wirken kann.

Kirchliche Bekenntnisse ragen aus der Vergangenheit in unsere Tage hinein. Einst wurde auch um sie gekämpft und gerungen, solange sie noch die Menschen in ihrem Innern bewegten und pakteten. Wirkliche religiöse Bekenntnisse sind gegenwartsfragen, die in die Zukunft weisen. Der Sozialismus will nicht Unordnung, sondern Ordnung, nicht Ungerechtigkeit, sondern Gerechtigkeit, nicht Völkerhaß, sondern Völkerverständnis, nicht Ausbeutung und Unterdrückung von einzelnen und von ganzen Klassen, sondern Lebensmöglichkeit für alle. Geht es im tiefsten Grunde dem Christentum nicht auch um Gerechtigkeit, Friede, Freiheit und Freude?

Wer die Menschheitsgeschichte kennt, der weiß, daß in der Religion die stärksten Kräfte beschlossen sind. Und wer die Geschichte der sozialen Bewegung der letzten 200 Jahre verfolgt hat, der erkennt, daß der Sozialismus vorwärtsführende und helfende, erlösende Kräfte ausgelöst hat. Der Sozialismus ist nicht religionsfeindlich, sondern selbst ein Teil jener religiösen Kraft, die stets erneuert an der Menschheit schafft.

Wahzeit! Nur kein politischer Haß oder parteiische Verblendung! Wir säen eine neue Saat und harren einer neuen Ernte. Die Pflugschar in die Tiefe, den Blick vorwärts zum Ziel! Dann werden auch einmal in Deutschland die konfessionell gebundenen politischen Parteien verschwinden und in allen Parteien werden die lebendigen religiösen Kräfte ringen um die Neugestaltung des Lebens in Gemeinde, Staat und Volk.

Entlassung aller Kriegsgefangenen aus US-Lagern

Frankfurt, 15. Nov. (dona) Alle Kriegsgefangenen in den US-Lagern Europas sollen bis zum 1. Juli 1947 entlassen werden. Die Kriegsgefangenen in den US-Lagern Frankreichs sollen bereits bis zum 1. März 1947 nach Deutschland überführt werden.

Zerrüttetes Deutschland vergiftet Europa

Eden kritisiert Verwaltungsmethoden in britischer Zone — Deutsches Wirtschaftsleben muß fortbestehen

London, 15. Nov. (dona-Reuter) „Es ist nicht ein Teil unserer Politik, ein anderes Land wirtschaftlich zum Zusammenbruch zu bringen“, erklärte Anthony Eden am 14. d. M. in einer Unterhaushaltung über die letzte Rede König Georgs. „Ich sage dies nicht etwa aus Liebe zu Deutschland, sondern weil ein hungerndes und wirtschaftlich zerrüttetes Deutschland in der Mitte Europas uns alle vergiften würde.“ Die Lage in der britischen Besatzungszone Deutschlands gebe berechtigten Anlaß zu tiefster Beunruhigung in Großbritannien. Der Kampf gegen den Winter werde wesentlich härter sein als der des vergangenen Winters. Die Regierung müsse nun erkennen, daß Großbritannien seine internationalen Verpflichtungen nicht einhalten könne, wenn nicht auch die anderen dies täten. Insbes. betreffe dies die Behandlung Deutschlands als wirtschaftl. Einheit.

„Ich habe heute einen Bericht gesehen, der, wie ich glaube, wahrheitsgemäß ist, danach werden einige Transporte Weizen aus der Sowjetunion nach der britischen Zone geliefert. Es ist notwendig, daß diese Zufuhr in einem wirklich ins Gewicht fallenden Ausmaß fortgesetzt wird, denn diese wichtige, ausgleichende Element des Potsdamer Abkommens ist bisher überhaupt noch nicht in Erscheinung getreten.“

Für Sicherstellung deutschen Wirtschaftslebens

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen stellte Eden an die Regierung die Frage, wie sie sich zu der fortgesetzten Demontage von Industriebetrieben in der britischen Zone Deutschlands stelle, die für das wirtschaftliche Leben dieser Zone lebensnotwendig seien.

„Es scheint, daß wir mit diesen Reparationslieferungen noch immer fortfahren oder auf jeden Fall noch die Demontage industrieller Einrichtungen für Reparationslieferungen fortsetzen. Dies steht in einem Mißverhältnis zu der Tatsache, daß unser sowjetrussischer Alliiert bis vor sehr kurzer Zeit noch keinerlei Beiträge dazu geleistet hat, Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu behandeln.“

Er glaube, daß die gegenwärtige Produktion in der britischen Zone Deutschlands nicht der Höhe entspreche, die im Potsdamer Abkommen und in späteren Vereinbarungen zugelassen worden sei. Die britische Verwaltung in Deutschland entspreche nicht den gestellten Anforderungen.

Im weiteren Verlauf seiner Darlegungen erörterte Eden die Ernährungslage in Deutschland. Er fragte, was aus der von den Vereinigten Staaten zugesicherten Zusammenarbeit hinsichtlich einer Angleichung der Ernährungslage in der britischen und amerikanischen Zone geworden sei. Morrison habe nach seiner Rückkehr aus Amerika erklärt, die Regierung der Vereinigten Staaten habe zugesagt, beide Zonen mit Lebensmitteln zu beliefern und dafür Sorge zu tragen, daß die Ernährung in beiden Zonen auf einer gleichmäßigen Höhe gehalten werde. Wie sei es möglich, daß schon so bald nach einer guten Ernte die Ernährungslage in der britischen Zone so verzweifelt geworden sei. Dies lasse sich nur durch eine schlechte Verteilung und damit durch eine schlechte Verwaltung erklären.

Eden schlug vor, die Regierung solle unverzüglich einen Minister im Kabinetstrang, der Erfahrungen in der Verwaltung besitzt und über ein gutes politisches Urteil verfüge, zur Unterstützung des Oberkommandierenden in die britische Besatzungszone Deutschlands entsenden. Der Minister müsse sich in Deutschland aufhalten. Er solle so lange die Verantwortung tragen, bis die gegenwärtige Periode der Sorgen überwunden sei.

Vertrauen zu Kamm

Stuttgart, 15. November.

Der aus Vertretern der politischen Parteien und der Gewerkschaften zusammengesetzte Beirat des Ministeriums für politische Befreiung hat sich in seiner Sitzung vom 15. November im Anschluß an einen ausführlichen Bericht des Staatsministers Kamm, über die jüngste Entwicklung in den Fragen auf dem Gebiet der Entnazifizierung, mit den der neuen Sachlage ergebenden Fragen befaßt. In der Aussprache ist in erster Linie auf die vielfältigen großen Schwierigkeiten hingewiesen worden, die insbesondere durch die verschiedenen Durchführungen der Entnazifizierung in den 4 Besatzungszonen entstanden sind. Es wurde auf die seit Erlaß des Gesetzes wiederholt als notwendig bezeichnete einheitliche gesetzliche Regelung und insbesondere tatsächliche Durchführung der Entnazifizierung innerhalb ganz Deutschlands, als der unbedingten Voraussetzung für eine von der gesamten öffentlichen Meinung getragene rasche und gerechte Anwendung des Gesetzes hingewiesen.

Der Beirat begrüßte einstimmig die Absicht der Regierung, baldmöglichst mit Nachdruck eine Aenderung verschiedener gesetzlicher Bestimmungen herbeizuführen, die den zwischenzeitlich gemachten Erfahrungen und den allgemeinen Bedürfnissen Rechnung trägt. Die bei Erlaß des Gesetzes den deutschen Stellen zugesagte selbständige Durchführung durch die dazu berufenen deutschen Stellen wurde einmütig als eine entscheidende Voraussetzung für die positive Mitarbeit aller Kreise der Bevölkerung bezeichnet. Der Beirat ist sich der großen Bedeutung eines raschen und gerechten Abschlusses der Entnazifizierung aus politischen und wirtschaftlichen Gründen durchaus bewußt und will alle die hinter ihm stehenden Organisationen und Kreise in verstärktem Maße zu entsprechender Mitarbeit veranlassen.

Auf Grund seiner auch in den letzten Monaten und in der Sitzung gewonnenen Eindrücke, versichert der Beirat das Ministerium für politische Befreiung vorbehaltlos seines Vertrauens.

Verfassungs-Parlament

Fortsetzung von Seite 1.

Nach Abschluß der Aussprache wurden dem Plenum drei von den Parteien gemeinsam ausgearbeitete Anträge zur Abstimmung vorgelegt. In den Anträgen wird das Staatsministerium ersucht, bei der amerikanischen Militärregierung erneut und mit Nachdruck für die Genehmigung von parteipolitischen Tageszeitungen einzutreten und sich bei der Militärregierung dafür einzusetzen, daß der Stromperlaß unverzüglich überprüft werde. Ferner wurde das Staatsministerium ersucht, durch Vermittlung des Länderrates die Zustimmung der amerikanischen Militärregierung Deutschlands für folgende Regelungen zu beantragen: 1. Freigabe der zur Auszahlung einer Ausfallvergütung erforderlichen Mittel aus dem Reichsstock für Arbeitseinsatz. 2. Erhöhung der in § 3 der Verordnung über Ausfallvergütung vom 16. Dezember 1945 vorgesehenen Sätze von 60 und 90 Prozent auf 75 und 90 Prozent. Sämtliche Anträge wurden von der verfassunggebenden Landesversammlung einstimmig angenommen.

Deutsche Kriegsgefangene in Polen

Berlin, 15. Nov. (Wachl)

Vater Erich H. 11. 03, Vater Alfred H. 12. 02, Wachl Walter I. 8. 27, Wachl Kurt I. 3. 04, Wachl Rudolf H. 11. 06, Wachl Alfred H. 8. 08, Zacher Gerhard 3. 14, Zacher Heinrich H. 15. 04, Zacher Josef I. 5. 07, Zacher Julius H. 8. 30, 10. 01, Allgauer Karl 2. 11, 08, Allmann Georg 14. 12, 08, Sallier Hans 27. 10, 07, Bach Werner 13. 12, 16, Bach Xavier 23. 10, 02, Bach Heinrich 8. 6, 09, Bachhorn, Altons (Geburtsdatum fehlt), Chabowski Josef (Geburtsdatum fehlt), Chabowski Richard 3. 4, 09, Chastaker Charles H. 1. 2, Charles Karl 12. 12, 06, Dahltrom Bruno 31. 12, 07, Dahm Fritz 19. 8, 04, Dahm Ludwig 29. 8, 08, Dahm Karl 23. 4, 20, Ebel Karl 15. 10, 27, Ebel Ludwig 10. 6, 02, Ebel Max 27. 5, 09, Ebel Otto 26. 11, 10, Falering Johann 22. 2, 26, Faigla Paul 18. 01, Faikosz Erik 27. 9, 00, Fahnke Edmund 27. 8, 27, Gasse Willy 16. 8, 06, Gafel Max 8. 27, Gahl Heinrich 15. 2, 18, Gähle Rudolf 29. 5, 05, Haase Erich 22. 5, 04, Haase Friedrich 6. 1, 08, Haase Günter 23. 4, 20, Haase Günter 25. 9, 29, Heen nicht 28. 12, 11, Irgon Warner 28. 2, 28, Hies Paul 4. 09, Ikenhausen Karl 4. 14, Jacobsen Heinrich 14. 1, 01, Jeldwidsch Leo 7. 4, 06, Jaek Jack 18. 2, 7, 19, Jöck Ernst 4. 1, 07, Kayser Willy 15. 10, 22, Kauerz Bernhard 19. 10, 07, Kufel Willy 27. 03, Kutz Karl 7. 25, Lacher Adalbert 8. 4, 03, Ladek Fritz 20. 3, 12, Ladage Friedrich 10. 8, 15, Lademann Horst 4. 8, 26, Mamer Franz 23. 4, 06, Maschke Georg 11. 5, 05, Machl Willy 5. 10, 26, (Fortsetzung in nächster Nummer)

Britische Lebensmittel für die Ruhr

Herford, 15. Nov. (ap) Aus Großbritannien werden in einer schnell durchgeführten Aktion Lebensmittel nach Deutschland geliefert, um die Ernährungslage im überbevölkerten Ruhrgebiet zu erleichtern, wo in dieser Woche nur die Hälfte der Brotrationen ausgegeben werden konnte.

Getreide aus der Sowjetzone

Hamburg, 15. Nov. (dona-Reuter) Etwa 500 t Getreide aus der sowjetischen Zone wurden am 13. d. Mts. als erste Lieferung im Rahmen eines neuen Tauschabkommens zwischen der britischen und sowjetischen Zone in Hamburg gelöscht. Insgesamt sollen 100 000 t Getreide im Austausch gegen Industrieprodukte nach der britischen Zone geliefert werden.

Ein Heimkehrer berichtet über Rußland

Die Ernährung das schwierigste Problem

Dem Schicksal derer, die das schreckliche Finale des Krieges als letzte Etappe hinter den Stacheldraht geführt hat, gilt im besonderen die allgemeine Anteilnahme. Der Großteil der Kriegsgefangenen sitzt heute noch in den Gefangenenlagern im Osten, und schon deshalb dürfte den dortigen Verhältnissen ein besonderes Interesse gelten. Andererseits sind die Berichte der Heimkehrer sehr widersprechend. Wir haben deshalb die Gelegenheit wahrgenommen, einen Heimkehrer zu befragen, der, frei von jeder Polemik und politischen Tendenz, konkrete Angaben über das Leben in und außerhalb der Lager machen konnte. Er wurde als Angestellter der amerikanischen Post im Mai 1945 von den Russen interniert und mit den Angehörigen der schweizerischen, portugiesischen, ungarischen, japanischen und anderen Gesandtschaften neutraler Länder zur Repatriierung mit Familie nach Moskau überführt.

Die Angehörigen der Länder, die in den Kriegereignissen streng neutral blieben, wurden von dort nach der Heimat entlassen. Alle anderen, die mehr oder weniger mit den feindlichen Nationen befreundet waren, kamen in das Zivilinterniertenlager. In 1 1/2 Jahren durchwanderte der Rückkehrer mindestens 10 Lager. Zunächst waren sie in einem für russische Verhältnisse komfortablen Haus untergebracht, erhielten deutsche und russische Literatur und allerlei kulturelle, abendfüllende Veranstaltungen. Jede Verbindung nach außen war dort allerdings unmöglich. Von Moskau ging dann die Reise nach Stalino-Gorsk, wo die gesamten Zivilinternierten unter den gleichen Bedingungen zur Kohलगewinnung eingesetzt wurden, wie die deutschen Kriegsgefangenen. Es war eines der wenigen Lager für beiderlei Geschlecht. In den meisten Fällen, speziell bei russischen Staatsangehörigen, die aus politischen oder anderen Delikten strafweise nach dort verbracht wurden, wurden getrennt in Männer- oder Frauenlager untergebracht.

Die Behandlung war für alle gleich, ob Russe oder Angehörige anderer Nationalitäten, ob Mann oder Frau. Ueberraschend groß soll die Zahl der deutschen Zivilinternierten sein. Ueber allen Sorgen und Nöten der Menschen hinter den Zäunen erloß sich drohend die Ernährungsfrage. Bei harter Arbeit in primitiven Kohlschächten über und unter Tag verzehrten sich die Kräfte. Die grimmige Kälte des Winters tat das ihre, um das Gespenst, das über allen Lagern schwebt, die Untermärnung, zu fördern.

Auf die Frage, ob damit eine gewisse Methode verbunden sei, verneinte der Erzähler. Durch einen Freund des Rückkehrers, der in Moskau 1 1/2 Jahr auf freiem Fuß lebte, erfuhren wir einiges über das Leben des freien russischen Staatsbürgers. Der Warenmarkt sei äußerst knapp. Ebenso stände es mit der Ernährung, da die Ukraine entgegen der verbreiteten Meldung keine Rekorderteinde verzeichne, sondern durch eine Missernte die an sich prekäre Lage verschlechterte. In Moskau seien ferner Sprüchekammern eingerichtet, die die Schuld der russischen Kriegsgefangenen und insbesondere der Angehörigen der Wlaoow-Armee ermittelten und aburteilten. Für letztere lauten die Urteile meist auf 10—15 Jahre Arbeitslager. Der Verdienst der russischen Arbeiter stehe unter dem der übrigen europäischen Länder.

In Gesprächen mit deutschen Kriegsgefangenen bedauerte er die politische Einstellung, die immer noch an den Ideen des vergangenen Regimes festhalten. Nach den Gründen befragt, erklärte er, daß weder Zeitungen noch sonstiges Informationsmaterial den Gefangenen zur Verfügung stünden. Ein schweres Los habe auch die Angehörigen der deutschen Wolgarepublik getroffen, die, nach Geschlechtern getrennt, in den Arbeitslagern ihr Dasein fristen. Im übrigen sei das National-OKomitee „Freies Deutschland“ aufgelöst, das Zeitungsorgan eingegangen. Daß von keiner systematischen Ausrottung gesprochen werden kann, beweist die Unterbringung der Kranken in Lazaretten, wo gute Aerzte wie die Kranken besorgt sind. P.S.

Der Kriegsgefangene in Rußland

Von Ernst Griesbeck

Millionen Familien, die ihren Sohn oder Vater seit Jahr und Tag in Rußland wissen und inzwischen kaum ein Lebenszeichen erhalten haben, bewegt große Sorge um das Los ihres Angehörigen. Sie können sich das Leben in russischer Kriegsgefangenschaft meist nicht vorstellen. Es sei deshalb aus eigenem Erleben in den wichtigsten Punkten dargestellt.

Nach den allgemeinen Anweisungen des russischen Lagerkommandanten sorgt der gefangene Lagerälteste, daß die Gefangenen ihr Lager einrichten und peinlich sauber halten. Für körperliche Reinlichkeit dienen in jedem Lager Entlausungsanlage und Bad. Mit Ausnahme von Offizieren und Lagerältesten ist allen Gefangenen das Haar abgenommen. Der russische Offizier verlangt auch von den Kriegsgefangenen militärische Disziplin. Wer vor ihm oder einem gefangenen Vorgesetzten Ehrenbezeugung versäumt, kann mit Arrest und Nahrungsminderung bestraft werden.

Der russische Lagerarzt schreibt allmonatlich den Kriegsgefangenen, je nach Körperzustand erste, zweite oder dritte Kategorie oder auch oK., von den Gefangenen am treffendsten mit

antwortliche Minister, beantwortete am 14. d. M. vor dem Unterhaus mehrere Punkte der von Anthony Eden zuvor an der britischen Besatzungspolitik geübten Kritik. Es sei damit zu rechnen, daß die erhöhte Tagesration von 1500 Kalorien für mindestens 80 Prozent der Bevölkerung der britischen Zone bis zum Ende des Monats aufrechterhalten werden könne.

Das im vergangenen März von Morrison mit der Regierung der Vereinigten Staaten getroffene Übereinkommen für eine Zusammenarbeit der britischen und amerikanischen Zone stehe im Begriff wirksam zu werden. „Wir haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben“, erklärte Hynd weiter, „daß wir die Sowjetunion und Frankreich zur Mitarbeit an einer zentralen Verwaltung bewegen können.“

Darüber hinaus habe Großbritannien mit anderen Alliierten Vereinbarungen getroffen, die bei genauer Durchführung einen raschen Fortschritt in der Wiederherstellung der deutschen Industrie und der Beschaffung von Nahrungsmitteln machten.

Die Behauptung Edens, es lägen umfangreiche Beweise darüber vor, daß die britische Verwaltung in Deutschland versage, wies Hynd zurück.

Großbritannien habe die Absicht, die deutsche Produktionskapazität zu heben, um sie nach der Entzweifung friedlichen Zwecken zuzuführen. Das deutsche Kriegspotential, das sowieso für eine deutsche Friedenswirtschaft unnötig sei, werde ausgeschaltet werden.

Antwort auf die Kritik Edens

John Hynd, der für die Verwaltung der britischen Besatzungszone Deutschlands ver-

Vertrauen zu Kamm

Stuttgart, 15. November.

Der aus Vertretern der politischen Parteien und der Gewerkschaften zusammengesetzte Beirat des Ministeriums für politische Befreiung hat sich in seiner Sitzung vom 15. November im Anschluß an einen ausführlichen Bericht des Staatsministers Kamm, über die jüngste Entwicklung in den Fragen auf dem Gebiet der Entnazifizierung, mit den der neuen Sachlage ergebenden Fragen befaßt. In der Aussprache ist in erster Linie auf die vielfältigen großen Schwierigkeiten hingewiesen worden, die insbesondere durch die verschiedenen Durchführungen der Entnazifizierung in den 4 Besatzungszonen entstanden sind. Es wurde auf die seit Erlaß des Gesetzes wiederholt als notwendig bezeichnete einheitliche gesetzliche Regelung und insbesondere tatsächliche Durchführung der Entnazifizierung innerhalb ganz Deutschlands, als der unbedingten Voraussetzung für eine von der gesamten öffentlichen Meinung getragene rasche und gerechte Anwendung des Gesetzes hingewiesen.

Der Beirat begrüßte einstimmig die Absicht der Regierung, baldmöglichst mit Nachdruck eine Aenderung verschiedener gesetzlicher Bestimmungen herbeizuführen, die den zwischenzeitlich gemachten Erfahrungen und den allgemeinen Bedürfnissen Rechnung trägt. Die bei Erlaß des Gesetzes den deutschen Stellen zugesagte selbständige Durchführung durch die dazu berufenen deutschen Stellen wurde einmütig als eine entscheidende Voraussetzung für die positive Mitarbeit aller Kreise der Bevölkerung bezeichnet. Der Beirat ist sich der großen Bedeutung eines raschen und gerechten Abschlusses der Entnazifizierung aus politischen und wirtschaftlichen Gründen durchaus bewußt und will alle die hinter ihm stehenden Organisationen und Kreise in verstärktem Maße zu entsprechender Mitarbeit veranlassen.

Auf Grund seiner auch in den letzten Monaten und in der Sitzung gewonnenen Eindrücke, versichert der Beirat das Ministerium für politische Befreiung vorbehaltlos seines Vertrauens.

Verfassungs-Parlament

Fortsetzung von Seite 1.

Nach Abschluß der Aussprache wurden dem Plenum drei von den Parteien gemeinsam ausgearbeitete Anträge zur Abstimmung vorgelegt. In den Anträgen wird das Staatsministerium ersucht, bei der amerikanischen Militärregierung erneut und mit Nachdruck für die Genehmigung von parteipolitischen Tageszeitungen einzutreten und sich bei der Militärregierung dafür einzusetzen, daß der Stromperlaß unverzüglich überprüft werde. Ferner wurde das Staatsministerium ersucht, durch Vermittlung des Länderrates die Zustimmung der amerikanischen Militärregierung Deutschlands für folgende Regelungen zu beantragen: 1. Freigabe der zur Auszahlung einer Ausfallvergütung erforderlichen Mittel aus dem Reichsstock für Arbeitseinsatz. 2. Erhöhung der in § 3 der Verordnung über Ausfallvergütung vom 16. Dezember 1945 vorgesehenen Sätze von 60 und 90 Prozent auf 75 und 90 Prozent. Sämtliche Anträge wurden von der verfassunggebenden Landesversammlung einstimmig angenommen.

Deutsche Kriegsgefangene in Polen

Berlin, 15. Nov. (Wachl)

Vater Erich H. 11. 03, Vater Alfred H. 12. 02, Wachl Walter I. 8. 27, Wachl Kurt I. 3. 04, Wachl Rudolf H. 11. 06, Wachl Alfred H. 8. 08, Zacher Gerhard 3. 14, Zacher Heinrich H. 15. 04, Zacher Josef I. 5. 07, Zacher Julius H. 8. 30, 10. 01, Allgauer Karl 2. 11, 08, Allmann Georg 14. 12, 08, Sallier Hans 27. 10, 07, Bach Werner 13. 12, 16, Bach Xavier 23. 10, 02, Bach Heinrich 8. 6, 09, Bachhorn, Altons (Geburtsdatum fehlt), Chabowski Josef (Geburtsdatum fehlt), Chabowski Richard 3. 4, 09, Chastaker Charles H. 1. 2, Charles Karl 12. 12, 06, Dahltrom Bruno 31. 12, 07, Dahm Fritz 19. 8, 04, Dahm Ludwig 29. 8, 08, Dahm Karl 23. 4, 20, Ebel Karl 15. 10, 27, Ebel Ludwig 10. 6, 02, Ebel Max 27. 5, 09, Ebel Otto 26. 11, 10, Falering Johann 22. 2, 26, Faigla Paul 18. 01, Faikosz Erik 27. 9, 00, Fahnke Edmund 27. 8, 27, Gasse Willy 16. 8, 06, Gafel Max 8. 27, Gahl Heinrich 15. 2, 18, Gähle Rudolf 29. 5, 05, Haase Erich 22. 5, 04, Haase Friedrich 6. 1, 08, Haase Günter 23. 4, 20, Haase Günter 25. 9, 29, Heen nicht 28. 12, 11, Irgon Warner 28. 2, 28, Hies Paul 4. 09, Ikenhausen Karl 4. 14, Jacobsen Heinrich 14. 1, 01, Jeldwidsch Leo 7. 4, 06, Jaek Jack 18. 2, 7, 19, Jöck Ernst 4. 1, 07, Kayser Willy 15. 10, 22, Kauerz Bernhard 19. 10, 07, Kufel Willy 27. 03, Kutz Karl 7. 25, Lacher Adalbert 8. 4, 03, Ladek Fritz 20. 3, 12, Ladage Friedrich 10. 8, 15, Lademann Horst 4. 8, 26, Mamer Franz 23. 4, 06, Maschke Georg 11. 5, 05, Machl Willy 5. 10, 26, (Fortsetzung in nächster Nummer)

„ohne Kraft“ übersetzt. Erste Kategorie hat, um mehr als Grundverpflegung zu bekommen, 100 Prozent der vorgeschriebenen Arbeitsnorm zu erfüllen; 2. Kategorie 80 Prozent und 3. Kategorie 60 Prozent, während oK.-Männer meist nur für Lagerdienst verwendet werden. Außer Offizieren ist die gesunde Lagerbesatzung zur Arbeit verpflichtet und in Arbeitsbrigaden aufgeteilt, um ihr Pensum planvoll zu leisten. Nach Feierabend unterschreibt der Ingenieur, der Kolchoschef oder der Forstmeister den Prozentzettel, wonach die Brigade ihre Verpflegung erhält. Hat ein zuverlässiger einzelner Gefangener außerhalb des Lagers zu tun, so darf er ohne Bewachung, nur mit einem Ausweis, fort.

Auf dem Papier erhält der Gefangene tägl. 600 g Brot, arbeitet er die Norm, je nach Schwere der Arbeit, 800—1500 g. Für die tägl. dreimalige warme Verpflegung liefert die Verwaltung nur das Urprodukt, meist Hirse, Gerste, Hafer oder Kleie, nebenbei etwas Zucker, Fleisch, Speck oder Oel, Salzheringe oder Trockenfleisch, woraus das Küchenpersonal das Essen zu bereiten hat. An Tabak stehen dem schaffenden Kriegsgefangenen fünf Gr. täglich zu.

Für die Erkrankten hat jedes Lager ein Lazarett, meist unter einer Aerztin, wie ja das russische militärische Aerzeweissen großenteils in weiblichen Händen liegt. Die Lazarettkranken erhalten besondere Verpflegung.

In der Lagerbibliothek trifft man auf politische Literatur, aber auch Tolstoj, Gogol und Puschkine, nicht selten Schiller, Goethe und Shakespeare. Der politische Aktivist jenseits der Lager veranstaltet regelmäßig seine Zirkel. Sonntags führen Gefangenentrupps im Lagertheater für die Kameraden und das russische Lagerpersonal Musik und Schauspiel auf. Zweimal im Jahr darf der Kriegsgefangene seine Angehörigen benachrichtigen.

Stimme der Parteien

Für soziale Neuordnung der Wirtschaft

„Die Wirtschaft des Landes hat der Befriedigung des Bedarfs der Bevölkerung zu dienen.“ In dem Abschnitt über die Sozial- und Wirtschaftsordnung der neuen Verfassung von Württemberg-Baden ist dieser Grundsatz verankert worden. Wird unser Wirtschaftsleben heute von diesem Prinzip bestimmt und beherrscht? Niemand wird wohl vorbehaltlos diese Frage bejahen. Maßgebend für die Erzeugung von Bedarfsstoffen sind nicht die lebensnotwendigen Bedürfnisse der breiten Schichten des Volkes, sondern größtenteils die Profitinteressen einer kleinen Unternehmer-schicht. Für die kapitalistische und liberalistische Wirtschaftsauffassung ist der Profit das Grundprinzip der Produktion. In normalen Zeiten sind Krisen, Arbeitslosigkeit und schwere Erschütterungen des Wirtschaftsorganismus die Folgen dieser Wirtschaftspolitik. Heute wirkt sich diese Wirtschaftsanarchie noch viel verheerender gegen die Allgemeininteressen aus. Die planlose, vom Profit diktierte und geleitete Produktion bewirkt, daß die wenigen noch vorhandenen Rohstoffe teilweise sinnlos vergeudet werden. Das wirtschaftliche Chaos als Folge der imperialistischen, nazistischen Kriegs- und Aggressionspolitik, wird dadurch nicht beseitigt, sondern vertieft. Um eine Gesundung des Wirtschaftslebens zu erzielen, ist die Vorbereitung, daß der Aufbau unserer Wirtschaft nach neuen Gesichtspunkten vorgenommen wird. An Stelle der privatwirtschaftlichen Planlosigkeit des Kapitalismus ist eine nach den Interessen der Allgemeinheit sich orientierende, planwirtschaftliche Produktion zu setzen.

Nach dem Wortlaut der Verfassung können durch Gesetz Erzeugungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen angeordnet werden. Innerhalb der hierdurch gezogenen Grenzen soll die wirtschaftliche Betätigung frei sein. Die Möglichkeit, die Wirtschaft nach planwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu organisieren, ist damit theoretisch gegeben. Die praktische Verwirklichung wird jedoch entscheidend beeinflusst von der zukünftigen Zusammensetzung des Landtages und der Aktivität der Arbeiterschaft. Besonders den Gewerkschaften, den Trägern des wirtschaftspolitischen Kampfes fällt in der Durchsetzung dieser Forderung eine große Aufgabe zu. Das Verhalten der bürgerlichen Parteien zu diesen Fragen läßt nicht erwarten, daß bei einer Mehrheit dieser Parteien im Landtag entscheidende Maßnahmen zur Durchführung einer planvollen Produktion getroffen werden. Es ist eher mit einem starken Widerstand gegen alle in dieser Richtung gehenden Vorschläge und Anträge zu rechnen. Die Besatzungsmächte sind durch die Verfassungsmäßige Versammlung haben hierfür bereits hinreichende Beweise geliefert. Der kommunistische Antrag, daß „die wirtschaftliche Freiheit nicht zum Ausbau monopolistischer Zusammenschlüsse und zur Erlangung politischer Macht mißbraucht werden darf“ wurde von der CDU und der Demokratischen Volkspartei abgelehnt. Mit dieser Ablehnung haben sich diese Parteien nicht nur schützend vor die Herren des Trusts- und Monopolkapitalis gestellt, sondern gleichzeitig ihren Willen bekundet, keine ernsthaften Maßnahmen zur Umwandlung der Wirtschaft zu ergreifen.

Diese Umwandlung der Wirtschaft kann sich jedoch nicht allein auf die Einführung planwirtschaftlicher Maßnahmen beschränken. Unter dem Nationalsozialismus wurde das System der Planwirtschaft im Interesse der Kriegführung bis ins Letzte ausgebaut. Gerade diejenigen Kreise, die heute gegen die Planwirtschaft auftreten, waren in dieser Zeit die eifrigsten Befürworter. Sie waren es deshalb, weil die ganze Wirtschaft unter ihrer Kontrolle und ihrem Einfluß stand. Die Besatzungsmächte sind durch die Verfassungsmäßige Versammlung zu dem Entschluß gelangt, die Wirtschaft nicht nur schützend vor die Herren des Trusts- und Monopolkapitalis gestellt, sondern gleichzeitig ihren Willen bekundet, keine ernsthaften Maßnahmen zur Umwandlung der Wirtschaft zu ergreifen.

Diese Umwandlung der Wirtschaft kann sich jedoch nicht allein auf die Einführung planwirtschaftlicher Maßnahmen beschränken. Unter dem Nationalsozialismus wurde das System der Planwirtschaft im Interesse der Kriegführung bis ins Letzte ausgebaut. Gerade diejenigen Kreise, die heute gegen die Planwirtschaft auftreten, waren in dieser Zeit die eifrigsten Befürworter. Sie waren es deshalb, weil die ganze Wirtschaft unter ihrer Kontrolle und ihrem Einfluß stand. Die Besatzungsmächte sind durch die Verfassungsmäßige Versammlung zu dem Entschluß gelangt, die Wirtschaft nicht nur schützend vor die Herren des Trusts- und Monopolkapitalis gestellt, sondern gleichzeitig ihren Willen bekundet, keine ernsthaften Maßnahmen zur Umwandlung der Wirtschaft zu ergreifen.

Diese Umwandlung der Wirtschaft kann sich jedoch nicht allein auf die Einführung planwirtschaftlicher Maßnahmen beschränken. Unter dem Nationalsozialismus wurde das System der Planwirtschaft im Interesse der Kriegführung bis ins Letzte ausgebaut. Gerade die diejenigen Kreise, die heute gegen die Planwirtschaft auftreten, waren in dieser Zeit die eifrigsten Befürworter. Sie waren es deshalb, weil die ganze Wirtschaft unter ihrer Kontrolle und ihrem Einfluß stand. Die Besatzungsmächte sind durch die Verfassungsmäßige Versammlung zu dem Entschluß gelangt, die Wirtschaft nicht nur schützend vor die Herren des Trusts- und Monopolkapitalis gestellt, sondern gleichzeitig ihren Willen bekundet, keine ernsthaften Maßnahmen zur Umwandlung der Wirtschaft zu ergreifen.

Diese Umwandlung der Wirtschaft kann sich jedoch nicht allein auf die Einführung planwirtschaftlicher Maßnahmen beschränken. Unter dem Nationalsozialismus wurde das System der Planwirtschaft im Interesse der Kriegführung bis ins Letzte ausgebaut. Gerade die diejenigen Kreise, die heute gegen die Planwirtschaft auftreten, waren in dieser Zeit die eifrigsten Befürworter. Sie waren es deshalb, weil die ganze Wirtschaft unter ihrer Kontrolle und ihrem Einfluß stand. Die Besatzungsmächte sind durch die Verfassungsmäßige Versammlung zu dem Entschluß gelangt, die Wirtschaft nicht nur schützend vor die Herren des Trusts- und Monopolkapitalis gestellt, sondern gleichzeitig ihren Willen bekundet, keine ernsthaften Maßnahmen zur Umwandlung der Wirtschaft zu ergreifen.

Diese Umwandlung der Wirtschaft kann sich jedoch nicht allein auf die Einführung planwirtschaftlicher Maßnahmen beschränken. Unter dem Nationalsozialismus wurde das System der Planwirtschaft im Interesse der Kriegführung bis ins Letzte ausgebaut. Gerade die diejenigen Kreise, die heute gegen die Planwirtschaft auftreten, waren in dieser Zeit die eifrigsten Befürworter. Sie waren es deshalb, weil die ganze Wirtschaft unter ihrer Kontrolle und ihrem Einfluß stand. Die Besatzungsmächte sind durch die Verfassungsmäßige Versammlung zu dem Entschluß gelangt, die Wirtschaft nicht nur schützend vor die Herren des Trusts- und Monopolkapitalis gestellt, sondern gleichzeitig ihren Willen bekundet, keine ernsthaften Maßnahmen zur Umwandlung der Wirtschaft zu ergreifen.

Diese Umwandlung der Wirtschaft kann sich jedoch nicht allein auf die Einführung planwirtschaftlicher Maßnahmen beschränken. Unter dem Nationalsozialismus wurde das System der Planwirtschaft im Interesse der Kriegführung bis ins Letzte ausgebaut. Gerade die diejenigen Kreise, die heute gegen die Planwirtschaft auftreten, waren in dieser Zeit die eifrigsten Befürworter. Sie waren es deshalb, weil die ganze Wirtschaft unter ihrer Kontrolle und ihrem Einfluß stand. Die Besatzungsmächte sind durch die Verfassungsmäßige Versammlung zu dem Entschluß gelangt, die Wirtschaft nicht nur schützend vor die Herren des Trusts- und Monopolkapitalis gestellt, sondern gleichzeitig ihren Willen bekundet, keine ernsthaften Maßnahmen zur Umwandlung der Wirtschaft zu ergreifen.

Diese Umwandlung der Wirtschaft kann sich jedoch nicht allein auf die Einführung planwirtschaftlicher Maßnahmen beschränken. Unter dem Nationalsozialismus wurde das System der Planwirtschaft im Interesse der Kriegführung bis ins Letzte ausgebaut. Gerade die diejenigen Kreise, die heute gegen die Planwirtschaft auftreten, waren in dieser Zeit die eifrigsten Befürworter. Sie waren es deshalb, weil die ganze Wirtschaft unter ihrer Kontrolle und ihrem Einfluß stand. Die Besatzungsmächte sind durch die Verfassungsmäßige Versammlung zu dem Entschluß gelangt, die Wirtschaft nicht nur schützend vor die Herren des Trusts- und Monopolkapitalis gestellt, sondern gleichzeitig ihren Willen bekundet, keine ernsthaften Maßnahmen zur Umwandlung der Wirtschaft zu ergreifen.

Diese Umwandlung der Wirtschaft kann sich jedoch nicht allein auf die Einführung planwirtschaftlicher Maßnahmen beschränken. Unter dem Nationalsozialismus wurde das System der Planwirtschaft im Interesse der Kriegführung bis ins Letzte ausgebaut. Gerade die diejenigen Kreise, die heute gegen die Planwirtschaft auftreten, waren in dieser Zeit die eifrigsten Befürworter. Sie waren es deshalb, weil die ganze Wirtschaft unter ihrer Kontrolle und ihrem Einfluß stand. Die Besatzungsmächte sind durch die Verfassungsmäßige Versammlung zu dem Entschluß gelangt, die Wirtschaft nicht nur schützend vor die Herren des Trusts- und Monopolkapitalis gestellt, sondern gleichzeitig ihren Willen bekundet, keine ernsthaften Maßnahmen zur Umwandlung der Wirtschaft zu ergreifen.

Diese Umwandlung der Wirtschaft kann sich jedoch nicht allein auf die Einführung planwirtschaftlicher Maßnahmen beschränken. Unter dem Nationalsozialismus wurde das System der Planwirtschaft im Interesse der Kriegführung bis ins Letzte ausgebaut. Gerade die diejenigen Kreise, die heute gegen die Planwirtschaft auftreten, waren in dieser Zeit die eifrigsten Befürworter. Sie waren es deshalb, weil die ganze Wirtschaft unter ihrer Kontrolle und ihrem Einfluß stand. Die Besatzungsmächte sind durch die Verfassungsmäßige Versammlung zu dem Entschluß gelangt, die Wirtschaft nicht nur schützend vor die Herren des Trusts- und Monopolkapitalis gestellt, sondern gleichzeitig ihren Willen bekundet, keine ernsthaften Maßnahmen zur Umwandlung der Wirtschaft zu ergreifen.

Diese Umwandlung der Wirtschaft kann sich jedoch nicht allein auf die Einführung planwirtschaftlicher Maßnahmen beschränken. Unter dem Nationalsozialismus wurde das System der Planwirtschaft im Interesse der Kriegführung bis ins Letzte ausgebaut. Gerade die diejenigen Kreise, die heute gegen die Planwirtschaft auftreten, waren in dieser Zeit die eifrigsten Befürworter. Sie waren es

Wahl- und Verfassungsdiskussion der Parteien

SPD: Sozialistische Verfassungsarbeit

Von Werner Orth

Als die amerikanische Militärregierung den Auftrag erteilte, für das von ihr gebildete Land Württemberg-Baden eine Verfassung zu schaffen, arbeitete der Sozialdemokratische Staatsrat Prof. Dr. Karl Schmid den ersten Entwurf aus. Diese Feststellung erscheint im Hinblick auf die am 24. November stattfindende Abstimmung besonders bedeutsam. Nach reiflicher Überlegung wurde eine Vollverfassung und nicht nur ein Organisationsstatut vorgelegt, weil es gut und wünschenswert ist, auch für unser Land, das nach Art. 43 ein Glied der deutschen Republik ist, eine Verfassung zu schaffen, die ihren Namen auch wirklich verdient. Alle entgegenstehenden Bedenken — die fehlende Staatshoheit, die noch immer in übergroßer Anzahl auf die endliche Heimkehr wartenden Kriegsgefangenen, die Not und politische Unausgeglichenheit unserer Tage — mußten zurückgestellt werden, wollte man daran gehen, der werdenden Republik die demokratische Plattform zu geben.

Das hohe Pathos der Grundrechte, die an erster Stelle der Verfassung verankert sind, soll den Staatsbürgern Mahnung und Verpflichtung sein, es niemals wieder zu dulden, daß ein barbarisches Regime die mit dem Menschen selbst unerbittlich verknüpften Rechte mit Füßen tritt. Selbst wenn nicht alle diese Rechte heute verwirklicht werden können, weil als Folge eines mißachtenden Systems Deutschland und die Deutschen heute noch nicht frei sind, so sollen sie doch die Regie an die Regeln der Menschlichkeit, des Rechts und der staatsbürgerlichen Freiheiten binden. Aber auch die Besatzungsmacht, die die Verfassung genehmigt hat, wird ihrerseits nicht an den nun wieder von uns Deutschen selbst postulierten ewigen Menschenrechten vorbeigehen können.

Von dieser Grundlage aus muß als Dienst der Menschen der Staat errichtet werden, dessen Ausgestaltung im einzelnen der kommende Landtag bestimmen wird. Er stellt die höchste Organe dar, durch das das Volk die Staatsgewalt ausübt. Darum verzichtete die SPD auch auf einen Senat, von dessen durch die CDU beantragten 32 Mitgliedern beiläufig auch ganze 4 Vertreter der Arbeiterklasse sein sollten. Gleichwohl wünschen wir bei aller Kontrolle starke Regierung und wollen der Staatsbürgerschaft die Gefahr reinen Propagandaabstimmungen auf dem Wege des Volksentscheids ersparen. Darum wird das Mißtrauensvotum gegen eine Regierung erst dann rechtskräftig, wenn der Landtag einer neuen Regierung das Vertrauen ausspricht. Um alle Zweifel auszuschließen, sei hier mitgeteilt, daß diese jedem Einsichtigen einleuchtende Regelung des Art. 73 auf unseren Gen. Oberbürgermeister Veit zurückgeht, während die CDU dem lediglich zugestimmt hat.

Für unsere die arbeitenden Menschen vertretende Partei ist aber der Abschn. III des ersten Hauptteils von besonderer Bedeutung. Wenn der Art. 22 bestimmt, daß die Arbeitnehmer an der „Verwaltung und Gestaltung“ der Betriebe zu beteiligen sind, so ist es ein Verdienst unserer Abgeordneten, daß diese Formulierung geprägt wurde. Sie haben sich nicht damit begnügt, den Arbeitern nur die „Gestaltung“ zu überlassen, wie es die CDU mit der Begründung gefordert hatte, daß die Arbeiter auch am Unternehmensrisiko beteiligt werden müßten und ihre Mitwirkung in der „Verwaltung“ „gefährlich“ werden könnte. Während der Begriff „Verwaltung“ rechtlich einwandfrei feststeht, könnte die bloße „Gestaltung“ auch auf den die „Schönheit der Arbeit“ verkörpernden Blumentopf vor dem Fenster beschränkt bleiben. Es ist auch hier das Verdienst unseres Gen. Veit, daß den Arbeitern schon in der Verfassung das Mitbestimmungsrecht in wirtschaftlichen Dingen eingeräumt worden ist. Unsere sozialistische Überzeugung basiert auf der Erkenntnis, daß es niemals der nach dem Prinzip des Gelderwerbs organisierten kapitalistischen Wirtschaft gelingen kann, den so notwendigen Bedarf der Bevölkerung zu decken. Darum bestand die Fraktion der SPD darauf, daß der Art. 25 das Bedarfsdeckungsprinzip für die Wirtschaft aufstellt, womit die Planwirtschaft verfassungsmäßig gesichert ist. Wenn schließlich in Art. 28 bestimmt wird, daß „geeignete Unternehmen und Wirtschaftszweige durch Gesetz in Gemeinbesitz überführt werden“ sollen, wenn der „Wirtschaftszweck besser als Eigentum des Unternehmers an den Produktionsmitteln erreicht werden“ kann, so stellt diese Formulierung einen Auftrag an den künftigen Landtag zur Sozialisierung dar. Und hier wird sich sehr bald zeigen müssen, welche Parteien diesem Auftrag nachkommen werden, und es ist von besonderer Wichtigkeit zu betonen, daß bereits der erste von einem Sozialdemokraten geschaffene Verfassungsentwurf diese wahrhaft sozialistische Bestimmung enthält.

Wir halten diese wirtschaftlichen Bestimmungen der Verfassung für wichtiger als die Frage der Entschädigung der Kirchen für Ansprüche, deren Grund in längst vergangener Zeit liegt, und meinen, daß die Forderungen der Fliegergeschädigten, Sozialrentner, der aus dem Osten Vertriebenen, der vom Nazismus Geschädigten und — nicht zuletzt — der durch Hitler ihre Eigentumsberaubten Arbeiterorganisationen mit mindestens dem gleichen Recht eine verfassungsmäßige Sicherung verlangen könnten. Gar nichts hat diese unsere Einstellung mit einer uns unterschobenen Gegnerschaft gegen das Christentum zu tun. Die Rechte der Kirchen werden — schon im Entwurf — anerkannt. Wir verstehen es allerdings nicht, wenn die CDU die Bestimmungen des Art. 29 ein „Maulkorbparagrafen“ nennt, die den Mißbrauch kirchlicher Einflüsse und Veranstaltungen zu parteipolitischen Zwecken verbietet. Wenn nach Meinung der CDU die Kirchen mit diesem Grundsatz „daraus einvernehmlich“ sind, ist nicht einzusehen, warum dieser Art. eine „Verfälschung der Geistlichkeit“ darstellen soll.

Wenn die SPD die Annahme der Verfassung

eingesetzt hat, im kommenden Landtag für die praktische Durchsetzung ihrer Forderungen mit nachdrücklicher Energie eintreten wird. Wenn alle Parteien vorgeben, demokratisch zu sein — die SPD verhandelt mehr: sie will die Zustände der herrschenden Gesellschaftsordnung ändern, sie will es für die Zukunft unmöglich machen, daß Menschen Menschen ausbeuten, sie will aber auch nicht, daß der Staat — der Diener des Menschen! — zu seinem Fronvort wird. Das Ziel der SPD ist die einige freie sozialistische deutsche Republik!

CDU: Wille und Weg der Union

Von Staatsrat a. D. Fr. Heurich,

Vorsitzender der CDU Nordbadens

Die CDU hat sich in unserem Lande für den Landtag am 24. November, mit der der Volksabstimmung über die Verfassung verbunden sein wird. Wir werden durch diese Wahl in der Regierungsbildung aus den provisorischen, vorläufigen Verhältnissen zur Endgültigkeit, zur parlamentarischen Regierung eines demokratischen Staates kommen. Wir werden auch in Zukunft keine großen Schritte machen können. Aber schon die kleinen Fortschritte sind, gesehen von der Tiefe unseres Elends, verheißungsvolle Zeichen einer besseren Zukunft. Das Ziel steht klar vor unseren Augen. Es geht um die Rettung unseres Volkes und um den Frieden der Welt.

Die Christlich-Demokratische Union ist gewillt, führend und verantwortlich mitzuarbeiten. Die durch sie vertretenen große Teile unseres Volkes wollen aus christlichem Verantwortungsbewußtsein ihren gewichtigen Beitrag zur politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Neugestaltung beitragen. Die Union führt diesen Wahlkampf vor der breitesten Öffentlichkeit. Sie hat in einer eindrucksvollen Broschüre, genannt „Wille und Weg der Union“, die Richtlinien veröffentlicht, nach denen ihre Vertreter im künftigen Landtag zu handeln entschlossen sind.

Wir wissen, daß die Wurzel der abendländischen Katastrophe im Geistigen in der Anwendung von den göttlichen Geboten liegt. Wir halten den Blick fest auf das Ziel der Wiederherstellung der Würde des Menschen als eines Geschöpfes und Ebenbild Gottes gerichtet. Wir wollen die Ergebnisse europäischer Geschichte und Geistesarbeit in den geistigen Grundkräften des Abendlandes neu begründen. Nur so wird eine Neuordnung und Heilung der Welt möglich sein. Darüber berichtet uns der zweite Teil der Broschüre „Wille und Weg der Union“ mit der Überschrift „Kulturpolitik“ und den Untertiteln Kirche und Staat, Erziehung und Schule, Kunst, Rundfunk und Presse.

KPD: Brot und Politik

Die Sorge um das nackte Leben, um unsere Existenz, um das Schicksal eines verarmten Angehörigen, um die Sicherstellung des aus der Vernichtung Geretteten, drängt alle politischen Geschehnisse in den Hintergrund. Unser schwergeschlagenes Volk, dem man einst sagte: „Kanonen sind wichtiger als Butter“, glaubt heute mit Recht sagen zu können: „Brot ist wichtiger als Politik“, ohne zu sehen, daß beides, Brot und Politik, zwei Seiten der gleichen Sache sind, denn unsere heutige Situation ist die Folge einer Katastrophenpolitik, die nicht zuletzt dadurch möglich wurde, daß Millionen Deutsche aus politischen Differenzen ihr Vertrauen einem Verbrecher schenkte, der ein Landknecht, Hintermänner war. Die Beherrschung der Riesenkonzerne, die Generaldirektoren der Großbanken, Kohlengruben, Stahl- und Chemiewerke brauchten diesen mörderischen Krieg, um ihre Macht auszuweiten und sich Europa zu unterwerfen. Die unersättliche Profit- und Machtergier dieser Männer sind die Ursachen unserer Leiden. Sollen wir und unsere Kinder einer glücklicheren, friedlichen Zukunft entgegengehen, dann müssen wir die Macht der Kapitalisten brechen, d. h. wir müssen die Konzerne und Trusts auflösen, müssen die Kriegsverbrecher enteignen und ihre Betriebe in die Hände der Gemeinden und Länderregierungen legen. Wir müssen aber auch die würdigen Bundesgenossen der Bank- und Industriefürsten, den adligen Großgrundbesitz beseitigen, von dem die Repräsentanten der beiden deutschen Erpäpste — Militarismus und Bürokratie — immer wieder zum Schaden unseres Volkes hervorgewachsen. Damit in Verbindung wollen wir durch die Bodenreform unseren Klein- und Zwergbauern zu wirklich lebensfähigen Bauernwirtschaften verhelfen und vielen Heimatlosen eine neue Heimat schaffen.

Daneben steht die Riesenaufgabe des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, der rasch in Angriff genommen werden muß, wenn das deutsche Volk nicht völlig im Elend versinken soll. Unsere Ernährung hat einen Stand erreicht, der zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß gibt. Wenn die Produktion nicht weiter absinken soll, müssen die Lebensmit-

gerechten Forderungen des Arbeiters nach höheren Löhnen mit höheren Preisen beantwortet werden. Hier liegt für uns Kommunisten einer der Schwerpunkte der vorliegenden Verfassung. Wir ließen jedoch keinen Zweifel darüber, daß wir mit dem Erreichten nicht zufrieden sind. Sehr vieles konnten wir nicht durchsetzen oder wurde gegen unseren Willen in die Verfassung aufgenommen. Wir sagen daher: „In den Händen reakt. Kräfte wird die Verfassung sich volksfeindlich auswirken, in den Händen einer entschlossenen sozialistischen Mehrheit aber zum Nutzen des Volkes, das auch außerhalb des Parlaments seine ganze Kraft hinter die zu schaffenden Gesetze stellen muß. Wir sind uns völlig im klaren über die Fragwürdigkeit von Menschenrechten angesichts eines Massenlebens ohne gleichen, dem wie eine eiserne Verhöhnung die Geborgenheit und das Wohlleben der nach wie vor Besitzenden gegenüberstehen. Doch unser Blick ist nach vorn gerichtet auf das größere Ziel: Das einige Deutschland.“

In ihm wird das deutsche Volk sich eine Verfassung geben, das alles Rückständige und

Hemmende beseitigen, den Menschenrechten zu wirklichem Leben verhelfen und damit den Weg für die wirkliche Demokratie freimachen wird.

Beseitigung der Monopole heißt Befreiung einer der Kriegswirtschaft, Bodenreform heißt Vernichtung des Militarismus, heißt das Land dem geben, der es bebaut.

Demokratisierung von Wirtschaft und Verwaltung heißt Sauberkeit und Sparsamkeit und ein erster Schritt zu sozialer Gerechtigkeit, heißt Wohnung für unsere Ausgebombten und Flüchtlinge, Nahrung für unsere hungernden Städte und Kleider für alle die, alles verloren haben. Einheit Deutschlands heißt Erhaltung unserer Existenz als deutsches Volk, heißt den Grundstein legen zum Sozialismus.

Dafür kämpfen alle Hand- und Kopfarbeiter, alle, denen Deutschland und sein Volk am Herzen liegen.

Darum gebt Eure Stimme der Kommunistischen Partei!

KPD-Kreisleitung Karlsruhe.

Dem Vp: Der Weg der Dem Vp

Von Theodor Heuß (Stuttgart)

Die Demokratische Volkspartei ist, nach dem Teil voneinander unabhängig improvisierten örtlichen Gründungen, am 6. Januar 1946 in Stuttgart ins Leben getreten. Sie begrenzte zunächst bewußt ihre Aufgabe auf Württemberg und Baden. Der Verdacht, der gelegentliche Vorwurf, sie folge damit partikularistischen Instinkten oder Interessen, brauchte sie keinen Augenblick zu stören. Die Überlegung zu solchem Entschluß war ganz einfach: man wollte die vorhandenen Kräfte im überschaubaren Raum einsetzen. Dort sollte und soll zunächst in Werbung, Sammlung, Erziehung eine Bestandsaufnahme vollzogen werden. Natürlich schirmte man sich nicht gegenüber dem ab, was sich in anderen Gegenden Deutschlands entwickelte. Es gehörte und gehört ihm eine über betragsame Neugier hinausreichende Sachteilnahme; man weiß, es handelt sich um die Vorfeldgefechte für die deutsche Gesamtzukunft. Aber wenn man dann Reden und Resolutionen las, die da, dort gehalten und applaudiert wurden, sagte man sich: schön, die mögen da dort gut passen, wir vermögen die Atmosphäre nicht recht zu beurteilen, wir kennen auch die Leute nicht, die sie zu verantworten haben, oder kennen sie zu gut — für uns passen sie nicht.

Dieses „für uns“ blickt auf einen Raum mit der Überlieferung einer gewachsenen Demokratie, der gewiß, wenn freilich erst spät, vom Nationalsozialismus auch verschlammte wurde. Doch zeigt die Reinigung des Geländes, daß die Triebkraft einer im Volkswesen begründeten Grundgesinnung nicht verdorben oder gestört wurde. Mochte die Zäsur noch so heftig sein, der Ansatz zu Neuem ist im Alten geblieben. Das oben unterscheidet vielleicht diesen Bereich von anderen: er lebte nicht daraus, daß er aus vielerlei Herkünften irgendeine „Gegenfront“ zu formieren und sie mit einem programmatischen Stichwort zu plakatierten Brautereien in Innen- und Außenpolitik zum Ausdruck Demokratie ist nicht nur eine Staatsform, sondern eine politische Lebenshaltung, vielleicht noch mehr, nämlich eine allgemeinemenschliche Lebensform, der Takt des Herzens, Ausdruck einer guten Erziehung, übertragen auf das öffentliche Leben. Es ist der Gedanke des Dienens, der die Machtiger auslöschen soll.

Möge es der CDU erneut gelingen, einen klaren und eindeutigen Erfolg zu erringen, denn das große Ziel der Union ist die Erneuerung unseres gesamten öffentlichen Lebens in Staat, Wirtschaft und Kultur im Geiste christlicher Verantwortung. Mögen sich alle Christen dieser Pflicht am 24. November bewußt sein.

dem Sinn gebraucht — locke keinen Hund hinter dem Ofen hervor. Das mag für die schlafenden Hunde zutreffen; wir wollen sie nicht stören. In unserem Lande hatte das Wort nie einen bloß formalen Charakter, sondern war sinnersfüllt, von praller Inhaltlichkeit: Bürgertrutz gegen Kasernengeist, Selbstverwaltung gegen Staatsbevormundung, wirtschaftlicher Wagemut gegen Behördengängelung, Freiheit des Menschentums im bürgerlichen und religiösen Raum gegenüber historischem Legitimitätsanspruch, war er staatlich, sei er kirchlich gemeldet; dies Land kennt ja auch seine religiösen Sonderungen.

Um der Stellung der Kirchen willen im Volksbewußtsein halten wir gerade heute die Beanspruchung des Christlichen im parteipolitischen Vordergrund für bedauerlich, ja für bedenklich, und wir wissen uns dabei eins mit hervorragenden Männern der Kirchen. Das Christentum ist ein wesenhaftes Element der deutschen Volksgeschichte; vielleicht ist dies eine von den Urhebern gewiß nicht gewollte Wirkung der nationalsozialistischen Herrschaft, daß auch „Kirchenfremde“ begriffen haben, was das Christentum für Deutschland ermeint zu bedeuten hat. Aber diese Erkenntnis, die in mancher Begegnung etwas Ergreifendes hat, darf nicht gefährdet werden durch Beanspruchung in der Firmierung und im tagespolitischen Kampf. Die Kirchen sollen sich nicht auf Parteien stützen — sie haben ihren Auftrag aus dem Glauben —, die Parteien sollen sich nicht auf Kirchen stützen, denn die Zwänge von tagespolitischen Entscheidungen eindeutiger Diesseitigkeit mögen unerwünscht genug zurückwirken. Gerade heute war — und ist vielfach noch — die Chance einer geschichtlich großen Verständigung zwischen dem Staatlichen und Religiösen, nicht in der Scheidung, sondern im Wissen um den Sinn des gemeinsamen Dienstes am Menschen, am Menschlichen. Sie darf nicht, sie sollte nicht aus dem Raum der Parteipolitik gefährdet werden.

„Die Demokratie“ als solche darf dafür keine gültige Formel zur Verfügung. Kein Bezirk ist so stark, geistig und politisch, mit territorialer Geschichte durchsetzt. Die Lösung kann nicht nach einem abstrakten Schema, sondern nur in der deutschen Gegebenheit gefunden werden. Das gilt auch für die Anlage des demokratischen Funktionalismus. Die Demokratische Volkspartei anerkennt das parlamentarische System. Sie kennt die Fehlentwicklungen, denen es mit dem Weimarer Vielparteiensystem ausgesetzt war, und will es gesichert wissen gegen jene Unfälle von „unechten Mehrheiten“, die heterogene Gruppen der Rechten und der Linken es lähmten, ohne die Fähigkeit, einen neuen Weg gehen zu können. Aber die Situation in der das nicht souveräne Deutschland heute und auf absehbare Zeit steht, scheint uns eine gewisse Elastizität im Regierungsapparat zu gebieten. Die pädagogischen Elemente sind dabei stärker als etwa die starre Form der Schweizer Demokratie, die sich gewiß bewährt hat, aber auch bewähren konnte, weil sie nie oder doch nicht vergleichbar in den Fährnissen eines außerpolitischen Krisendruckes lag.

Aus dem Gewerkschaftsleben

Deutsche Gewerkschaftskonferenz in Mainz, 15. Nov. (dona) Der Generalsekretär des Weltgewerkschaftsbundes, Louis Sallant, wohnt am 6. Nov. einer Konferenz deutscher Gewerkschaftsvertreter aus allen vier Zonen bei, aus der unter anderem ein Abkommen über den Austausch von gegenseitigen Informationen zwischen den vier Besatzungsregionen beschlossen wurde. Die Konferenz beschäftigte sich ferner mit der Entschärfung und den Entscheidungen des Zentralbüros des Weltgewerkschaftsbundes.

Gewerkschaftsführer zur Ernährungskrise, Hamburg, 15. Nov. (ap) Der Vorsitzende der Hamburger Gewerkschaften und Mitglied des Zonen-Gewerkschaftsausschusses, Franz Spiliet, erklärte am 8. d. Mts. vor Pressevertretern, daß die Gewerkschaften nicht länger in der Lage seien, ihre Leute vor Gewaltmaßnahmen zurückzuhalten, wenn die katastrophalen Zustände in der britischen Zone weiter anhielten. Er beschwor das Gewissen der Welt, doch Deutschland nicht verhungern zu lassen.

Krise im FGB, Berlin, 13. Nov. (dona) Der FGB hat seine Kräfte zur Sicherung der Existenz der Arbeiter und Angestellten nicht genügend eingesetzt, weil er sich selbst in einem Krisenzustand befindet. Von ca. 420 000 Organisierten haben über 100 000 Mitglieder seit einem Vierteljahr keine Beiträge mehr bezahlt. Die parteipolitischen Spannungen im FGB würden sich erneut verschärfen.

Gegen Arbeitsverteilung, Berlin, 15. Nov. (ap) Der Vizepräsident der amerikanischen Gewerkschaftsorganisation AFL (American Federation of Labor) William C. Doherty, erklärte am 1. November in einem Radio-Interview, daß die AFL „niemals irgend eine Form von Arbeitsverteilung „markieren“ werde. Arbeitsverteilung sei Sklaverei. In einer Demokratie könne kein Arbeiter oder ein anderer Staatsbürger gegen seinen Willen von seiner Familie und seinem Heim getrennt werden.

Wahlentscheidung für bedürftige Gewerkschaftsmitglieder, Stuttgart, 15. Nov. (dona) Eine einmalige Sonderunterstützung in Höhe von 30 Mark kann nach einem Beschluß des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden vom 11. November an alle bedürftige und erwerbsfähige Gewerkschaftsmitglieder gewährt werden. Voraussetzung für die Auszahlung dieser Sonderunterstützung ist, daß der Empfänger bis zum 5. 23. mindestens 15 Jahre ununterbrochen gewerkschaftlich organisiert war. Als Gewerkschaften gelten alle früheren Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände der freien, christlichen und Hirsch-Denkenschen Gewerkschaftsrichtungen.

Der neue Präsident des Weltgewerkschaftsbundes, Der englische Gewerkschaftsführer Arthur Deakin, der am Stelle des zurückgetretenen Lord Walter Clirne zum 11. November an alle bedürftige und erwerbsfähige Gewerkschaftsmitglieder ernannt wurde, ist heute 56 Jahre alt. Er ist der Sohn eines Schuhmachers,

Im Jahre 1919 begann er seine Laufbahn als Gewerkschaftsfunktionär, wobei er sich besonders den Lohnfragen und dem Arbeitslosenproblem widmete. Mehrere Persönlichkeiten im englischen Gewerkschaftsleben, 1940 wurde er nach Bevin Eintritt in die Regierung an dessen Stelle als geschäftsführender Leiter des englischen Transportarbeiterverbandes ernannt. An der Gründung des Weltgewerkschaftsbundes nahm er zusammen mit Walter Clirne einen beträchtlichen Anteil. Er wurde in den Erziehungsausschuss gewählt, 1946 erhielt er den Titel des ersten Vorsitzenden des englischen Transportarbeiterverbandes, nachdem Bevin endgültig wegen Erreichung der Altersgrenze von diesem Posten zurückgetreten war. Der englische Transportarbeiterverband als einer der stärksten gewerkschaftlichen Berufsverbände hat über eine Million Mitglieder. (dona)

US-Gewerkschaftsführer über deutsche Gewerkschaften, Frankfurt, 15. Nov. (dona) „Die deutschen Arbeiter wollen keine Wohlthaten, sie wollen arbeiten“, erklärte der Leiter des amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL, William C. Doherty, am 4. Nov. bei seinem Besuch in Frankfurt.

Das außerordentliche Interesse der deutschen Arbeiterschaft am Aufbau von Gewerkschaften habe zu ortsständigen Fortschritten geführt. Wo es am notwendigen Material fehle, wolle der amerikanische Gewerkschaftsbund versuchen, zu helfen. Die Gewerkschaften müßten völlig unabhängig von unten wachsen, ihr Aufbau sei vom Aufbau Deutschlands nicht zu trennen. Der amerikanische Gewerkschaftsbund sehe es als eine Kernfrage für Deutschland an, daß die Bevölkerung zunächst einmal ernährt und befreit werde, um in guter Gesundheit zu sein.

Für Lohnerhöhung von Bergarbeitern, Berlin, 15. Nov. (dona) Die deutschen Gewerkschaften haben die Erlaubnis erhalten, in den nächsten drei Wochen Verhandlungen wegen Lohnerhöhungen für die Bergarbeiter in ganz Deutschland zu führen.

Die Verhandlungen betreffen etwa 400 000 deutsche Bergarbeiter. Durch diese Verhandlungen wird es zum ersten Mal seit der Kapitulation einer ganzen deutschen Industrie gestattet, sich für höhere Löhne einzusetzen. Bisher durften die Gewerkschaften nur wegen besserer Arbeitsbedingungen verhandeln.

Die neuen Lohnsätze für deutsche Bergleute werden spätestens am 1. Dezember wirksam werden.

Schlußdiskussion Lp V

Zu der in Nr. 103 BNN veröffentlichten Erklärung des Landesamtes für Wirtschaft und Ernährung Baden der von Naziregime politisch Verfolgten und der Entgegnung von Herrn H. Bürgermeister Heurich in Nr. 104 bringen wir nachstehend noch zwei Zuschriften und beenden damit die Diskussion über die in Frage stehende Angelegenheit. — Die Schriftleitung.

Herr Regierungspräsident A. Köhn, z. Zt. stellvert. Landesamt, schreibt:

Die Erklärung der Lp V in Nr. 103 der BNN vom 11. 11. 1946 wird im zweiten Teil Bezug genommen auf Vorgänge, die sich beim Wirtschafts- und Ernährungsamt des Landkreises Karlsruhe in Ettlingen abgespielt haben. Die Dienststelle ist zwar nicht ausdrücklich genannt. Es ist aber deutlich genug ersichtlich, auf wen die Bemerkungen gemeint sind. Denn muß festgestellt werden, daß das in der Erklärung Gesagte mit Tatsachen weitgehend widerspricht. Es kann keine Rede davon sein, daß sich der Landkreiskarlsruhe bei der Einlassung eines Angestellten, der zu den Kreisen der politisch Verfolgten gezählt wird, über die gesetzlichen Bestimmungen hinweggesetzt hat, um gegen die Bestimmungen Begründungen oder gar aus einer unanschuldigen und parteipolitisch nicht neutralen Haltung heraus aus seiner Stellung verdrängt hat. Richtig ist, daß beim Wirtschafts- und Ernährungsamt des Landkreises Karlsruhe vor einigen Monaten mehrere Personen wegen Unregelmäßigkeiten in Haft genommen wurden. Diese hatten noch ihrer Aburteilung im Anschluß an das tätige Verhör der leitenden Beamten und Angestellten beurlaubt, da eine Verletzung der Aufsichtspflicht in Frage kam. Im weiteren Verlauf wurde ein Angestellter, der erst verhältnismäßig kurze Zeit die Leitung des Wirtschafts- und Ernährungsamtes inne hatte, gekündigt, da auf Grund bestimmter Einträge und Tatsachen die Sicherheit angenommen werden mußte, daß er nicht alle nötigen Eigenheiten besitzt, um ein so großes und verantwortungsvolles Amt erfolgreich zu führen. Es erübrigt sich, hier nähere Einzelheiten mitzuteilen. Nötigenfalls kann der Sachverhalt zu gegebener Zeit geschildert werden. Die betreffende Angestellte hat gegen die Kündigung Widerspruch erhoben. Infolgedessen wird der Kreisrat demnächst Gelegenheit haben, die endgültige Entscheidung in diesem Falle zu treffen. Die Öffentlichkeit hat hier bis jetzt kein Anlaß vor, die Öffentlichkeit mit der Sache zu beunruhigen. Der Landkreiskarlsruhe genießt das Recht der Selbstverwaltung und der Selbstbestimmung. Ohne eine gesetzliche Handhabung — und eine solche ist in diesem Angelegenheit nicht gegeben — kann keine Stelle in die Kreisverwaltung übernommen werden. Die erwähnte Erklärung ist demnach völlig unrichtig. Die Angelegenheit ist demnach nicht Gegenstand der Diskussion. Ich habe zur Sache selbst erfahren, wie die Nazis ihre Gegner verfolgen und weiß sehr gut, daß die politische Verfolgung, soweit dies irgend vertretbar ist, Rück- sicht verdienen. Mit derartigen unrichtigen „Erklärungen“ wird dem wahren Interesse der politisch Verfolgten und der Demokratie ganz bestimmt nicht gedient.

Herr Landesamtsrat Württemberg-Baden der vom Naziregime politisch Verfolgten, Kreisstelle Karlsruhe, schreibt in seiner Erklärung u. a.:

„Wir haben abschließend kurz Stellung zur Antwort des Herrn Bürgermeisters Heurich vom 7. Nov. 1946. Unsere Darstellung entspricht durchaus den Tatsachen und wir verweisen auf das Schreiben des Herrn Heurich an den Lp. V. vom 10. 11. 1946, worin mitgeteilt wird, daß Frau Rummel Beschwerde bei Herrn Heurich erhoben habe. Begründet wird die Anhebung u. a. durch die Tatsache, daß nur der Frauenschaft angehöre und auf die politische Lastung ihres Mannes nicht abgehoben werden könne. Herr Heurich steht hier in offenem Gegensatz zu Herrn Ministerpräsident Köhler, der noch vor nicht langer Zeit öffentlich erklärte, daß auch die Frau das Schicksal des politisch belasteten Mannes tragen müsse.“

Was das Wirtschaftskontrollamt anbelangt, so hat dies in der Angelegenheit noch nicht Stellung genommen. Die Ausführungen zu den Prinzipien der Demokratie durch Herrn Heurich begründen wir in jeder Form, zumal wir für Freiheit und Demokratie einig, beschworenen Opfer gebracht haben. Doch gerade die Entscheidungen des Herrn Bürgermeisters waren wenig in diesem Sinne aus-

gerichtet, denn sie haben in das schwache Gerichtsverfahren einseitig Frau Rummel, wie sie uns selbst aus unserer Geschäftsstelle mitteilte, diese Entscheidungen als Beweismittel über die Einstellung der Stadtverwaltung vor Gericht angewandt hat. Weiterhin erklärte Frau Rummel auf unserer Geschäftsstelle mit seltener Offenheit, daß es die in den Konzentrationslagern der Gestapo inhaftierten politischen Gefangenen doch eigentlich ganz gut geht. In der Tat ist sie jedoch und bombastischer gewesen, wenn im Gegensatz, ihrer Besinnung, der nicht gestorben, sondern gefangen sei.

Im Namen von 10 Millionen ermordeter, verhungertes und verstarbener Opfer des Naziterrors erheben wir Einspruch gegen eine solche Stellungnahme. Sie kennzeichnet die politische Einstellung einer Frau, die heute die Rechte der Demokratie für sich beansprucht. Wir haben den Eindruck, daß bei einer solchen Auffassung Frau Rummel besser mit Spaten und Schaufel am Wiederaufbau der Stadt Pforzheim mitarbeiten würde, anstatt in Karlsruhe ein Lebensmittelschicksal zu führen.

Auf Grund des bei uns vorliegenden Materials haben wir keine Ursache, die Öffentlichkeit zu schrecken und können in unserer Darstellung auch keine Diskreditierung des Herrn Bürgermeisters Heurich erblicken. Zu einem solchen Versuch haben wir uns so wenig Veranlassung, als in einem Schreiben der C.D.U. vom 18. 9. 1946 an den Lp. V. mitgeteilt wird, daß Herr Heurich als politisch Verfolgter die Interessen seiner Partei beim Landesausschuss der politisch Verfolgten zu wahren wünsche. Seine Anerkennung durch den Landesausschuss würde sicherlich dazu beitragen, bestehende Mißverständnisse in Zukunft sofort zu beseitigen, ohne die Öffentlichkeit anrufen zu müssen.“

Was unsere weiteren Ausführungen anbelangt, so fügen wir abschließend hinzu, daß wir von der bisher zuständigen Stelle eine juristische Erläuterung zum Kontrollgesetz Nr. 3, keine gesetzliche Grundlage für die Landkreiseinsätze in Ettlingen sei (wörtlich) da diese ihre Stellenbesetzung unabhängig im Rahmen der Gesetze (weiterer) regelt. Als eine Motivierung, worin eine Bestätigung der anderen aufsteht. Zur Klärung zitiere wir Artikel 5:

„Die politisch Verfolgten genießen den vollen Kündigungsschutz im Sinne der Sonderbestimmungen für Schwerebeschäftigte. Es können nur mit Zustimmung des Betriebsrates und des Landesratsamtes gekündigt werden, wobei die Landesstelle Württemberg-Baden für die politische Verfolgten zu treffen ist. Nach Artikel 4 beschränkt sich auch für die öffentlichen Verwaltungen in Ettlingen die Kündigungsschutzbestimmung. Somit hätte der Entlassene da er nur erst kurze Zeit im Dienste war, besonderen Schutz zu beanspruchen und dürfte für während dieser Zeit eintretende Fehler von Unternehmern noch nicht verantwortlich sein.“

Klar und deutlich sind diese Punkte herausgestellt und keine juristische Spitzfindigkeit vermag dies zu ändern. Unsere Aufgabe ist es, darüber zu wachen, daß unsere Personalauswahl der Schutz gewährt wird, der ihm zusteht. Die Öffentlichkeit muß sich mit diesen Fragen befassen, wenn die betreffenden Dienststellen zu keiner Zusammenarbeit mit dem Lp. V. bereit sind. Bestehendes Entgegenkommen gehört zur Widerstandschaft, die demnach Gesetz wird, vermutlich auch für den Landkreis Karlsruhe in Ettlingen.“

Zu Geßners Rücktritt

München, 15. Nov. (dona) Der Rücktritt Herbert Geßners von seinem Posten als politischer Kommentator von Radio München bedeutet nicht, daß die Nachrichtenkontrolle der amerikanischen Militärregierung für Bayern wegen Geßners Kritik an der Entnazifizierung und Dr. Pfeiffers irgendetwas disziplinarische Maßnahmen gegen ihn zu ergreifen beabsichtigt, heißt es in einer am 13. d. Mts. veröffentlichten Erklärung des Chefs der amerikanischen Nachrichtenkontrolle in Bayern, Oberst B. R. McMahon. Sein Rücktrittsgesuch sei nur deshalb angenommen worden, da Geßner es als

freie Persönlichkeit in seinem Angestelltenverhältnis zu Radio München für richtig gehalten habe, diese Tätigkeit aufzugeben.

Der Protest des bayerischen Kabinetts bei der amerikanischen Militärregierung gegen die Art des politischen Kommentars, wie er von Geßner gebracht wurde, hatte keinen Einfluß auf die Genehmigung seines Rücktritts, den er aus eigenem freien Willen heraus beantragte und aus Gründen, die er zuerst der Presse und der Öffentlichkeit mitteilte, ehe er sie der amerikanischen Militärregierung bekanntgab.

Debatte um Pfeiffer abgeschlossen

München, 15. Nov. (dona) Im Verfassungsausschuss der bayerischen verfassungsgebenden Landesversammlung wurde die Debatte um Staatsminister Dr. Anton Pfeiffer vor dem Verfassungsausschuss und damit auch für die bayerische Staatsregierung abgeschlossen. Die Abgeordneten der WAV und der KPD forderten zwar den sofortigen Rücktritt Dr. Pfeiffers, standen hiermit jedoch im Gegensatz zu den Meinungen der CSU, SPD und FDP, die es übereinstimmend für notwendig empfanden, nicht Dr. Pfeiffer zu kritisieren, sondern vor allem die Entnazifizierung durchzuführen.

Dr. Pfeiffer erklärte, daß er den Ausdruck „Amnestiegevinster“ zurücknimmt, da dieser ihm in der Erregung entfallen sei. Er sprach sich weiterhin für eine beschleunigte Entnazifizierung der Mitläufer aus.

Protest gegen Politik Maria Sevensich

Berlin, 15. Nov. (dona) Gegen die Politik Maria Sevensich nahm der zentrale Frauenausschuss von Berlin in einem öffentlichen Protest am 13. d. Mts. Stellung. Es wird ihr vorgeworfen, daß sie sich für die Rückeroberung der Ostgebiete durch eine „schwarze Reichswehr“ einsetzen würde.

Rücktritt Schlange-Schönings gefordert

Düsseldorf, 15. Nov. (dona) In einer Entscheidung gegen die augenblickliche Ernährungslage in der britischen Zone forderten die 2300 Angestellten der Mannesmann-Röhrenwerke, Abteilung Düsseldorf-Rath, am Mittwoch nach einer einstündigen Protestversammlung den Rücktritt des Ernährungsbeauftragten der britischen Zone, Dr. Schlange-Schönings.

Angriff gegen Landesvorsitzenden der CDU Bayern

München, 15. Nov. (dona) Unter der Ueberschrift „Dr. Josef Müller — Koalitionspartner Hitlers“, bringt die Dienst-Ausgabe der „Süddeutschen Zeitung“ auf der Titelseite einen Abdruck aus den Akten der bayerischen politischen Polizei aus dem Jahre 1934, in dem der Landesvorsitzende der CSU Dr. Josef Müller auf das schwere wegen früherer Zusammenarbeit mit der NSDAP belastet wird. Danach soll Dr. Müller u. a. wörtlich gesagt haben: „Ich bejahe die nationalsozialistische Bewegung.“ Die „Süddeutsche Zeitung“ meldet: „Im Spätherbst 1934 hatte der Walthalla-Verlag in

Regensburg die Herausgabe der „Regensburger Nachtausgabe“ übernommen. Einer der Gesellschafter des Unternehmens war Dr. Josef Müller. Unter dem 16. Oktober 1934 wandte sich daher der Reichsverband der deutschen Zeitungsverleger an die Polizeidirektion München. Der Verband wollte wissen, ob Müller, die für die Ausübung seiner Tätigkeit erforderliche politische und moralische Zuverlässigkeit besitze. Die Polizeidirektion München meldete nach Berlin Angaben, die Dr. Müller am 9. Februar 1934 selbst gemacht hatte. Folgendes hatte er erklärt:

„Es ist bekannt, daß ich dem früheren bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held freundschaftlich persönlich nahestehe. Das hat dazu geführt, daß ich im Dezember 1932 und Januar 1933 insbesondere aber nachdem Adolf Hitler Reichskanzler geworden war, Verhandlungen über eine Koalition zwischen Nationalsozialisten und Bayerischer Volkspartei geführt habe. Wenn man von Richtungen innerhalb der Bayerischen Volkspartei spricht, so darf ich meine Stellung dahin kennzeichnen, daß ich in allen Fragen, die nationale Belange betreffen haben, schon deswegen, weil ich Frontsoldat und Reserveoffizier bin, stets rechts gestanden habe.“

Schon aus dem Gesagten geht hervor, daß ich den neuen Staat absolut eindeutig bejahe. Ich habe mich vollkommen darauf eingestellt, nicht nur den neuen Staat zu bejahen, sondern auch die nationalsozialistische Bewegung als Repräsentanten der Volksgemeinschaft anzuerkennen.“

Antwort Dr. Müllers

Dr. Josef Müller, der Landesvorsitzende der CSU in Bayern, erklärte zu den gegen ihn in der „Süddeutschen Zeitung“ erhobenen Beschuldigungen, daß er die Aufmachung und den Inhalt des Artikels „als eine sehr niedrige, moralisch verwerfliche Methode, einen politischen Gegner erledigen zu wollen“, empfinde. Der Chefredakteur der „Süddeutschen Zeitung“ verspricht, daß es sich bei den Erklärungen um einen Auszug aus einem Gestapo-Protokoll von etwa 36 bis 38 Seiten handelt. Würde der Chefredakteur, wenn er wegen hochverräterischen Komplotts unter Anklage steht, bei einem Gestapoverhör erklären: „Ich bin Staatsfeind Nr. 1!“ Im Kampf gegen Nazihexen ist ein Beschuldigter wohl noch mehr als in einem normalen Strafverfahren gestattet, alles zu betreiben und den Gegenbeweis mit allen Mitteln zu führen. Ich habe im Winter 1933/34 gemeinsam mit Paul Schmidt und einem Beamten der damaligen bayerischen politischen Polizei namens Gerum geplant, Heinrich Himmler, damals Leiter der bayerischen politischen Polizei, und seinen Adjutanten Heydrich zu stürzen.“

15 Jahre Zuchthaus für Helene Schwarz

Berlin, 15. Nov. (dona) Helene Schwarz, die wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Tateinheit mit Mord angeklagt wurde, wurde am 14. d. Mts. vom Schwurgericht Berlin-Moabit zu 15 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Einziehung des Vermögens verurteilt.

Anklageschrift gegen Milch fertiggestellt

Nürnberg, 15. Nov. (dona) Die Anklageschrift gegen den ehemaligen Feldmarschall und Generalinspekteur der Luftwaffe, Erhard Milch, wurde am 12. d. Mts. fertiggestellt und ihm zugestellt. Das Verfahren wird voraussichtlich noch vor Ende des Jahres beginnen. Unter Punkt 1 der Anklageschrift wird ihm vorgeworfen, sich in der Zeit zwischen September 1939 und Mai 1945 an Plänen und Unternehmungen beteiligt zu haben, die Sklavereiarbeit und Deportationen der Zivilbevölkerung Oesterreichs, der Tschechoslowakei, Italiens, Ungarns und anderer von der deutschen Wehrmacht besetzten Ländern zur Folge hatten. Punkt 2 der Anklageschrift wirft Milch verbotliche Experimente an alliierten Zivilpersonen vor.

Kriegsverbrecher vor deutschem Gerichtshof

Stuttgart, 15. Nov. (dona) „Die alliierte Kontrollbehörde befähigt sich zur Zeit mit der Frage der Durchführung eines Kriegsverbrecherprozesses vor einem deutschen Gerichtshof. Es ist alles getan worden, um die Aufmerksamkeit der alliierten Kontrollbehörden auf die Bremer Entschließung zu lenken“, heißt es in einer Antwort der amerikanischen Militärregierung auf eine Entschließung, die anlässlich der Interzonenkonferenz in Bremen gefaßt wurde und sich auf das Nürnberg-Verfahren bezog. Das Antwortschreiben wurde im Verlauf der Pressekonferenz des Landrats am Freitag bekanntgegeben.

Zweite Münchener Zeitung

München, 15. Nov. (dona) „Eine wahrheitsgetreue Presse ist die sicherste Kriegsvorsorge“, erklärte am Mittwoch Oberst McMahon, der Chef der amerikanischen Nachrichtenkontrolle für Bayern, anlässlich der Lizenzierung des „Münchener Mittag“, der zweiten Zeitung in München und 21. in Bayern. Lizenzträger sind: Peter A. Stern und Verlagsleiter Hans Heinrich.

Heinrich George

Berlin, 15. Nov. (dona-Sonderdienst) Wie jetzt bekannt wurde, ist der Schauspieler und ehemalige Intendant des Schiller-Theaters in Berlin, Heinrich George am 27. September, kurz vor der Vollendung seines 53. Lebensjahres in einem Internierungslager in der Sowjetunion an eitrigem Blinddarmentzündung gestorben. George ist vor allem durch seine Darstellung des Götz und durch zahlreiche Filmrollen bekannt geworden. In den zwanziger Jahren war er Mitglied der Piscator-Bühne in Berlin und wirkte in Veranstaltungen der kommunistischen Partei mit. Nach 1933 stellte er sich immer mehr in den Dienst der Goebbels-Propaganda. Er war Staatsschauspieler des Reichs und wurde nach dem Zusammenbruch als Nazi-Aktivist in ein Internierungslager in die Sowjetunion gebracht.

Reise nach Oesterreich

„Wenn ich nächstens in den Urlaub gehe, will ich mir auf der Victoria-Station eine Fahrkarte lösen und fahren können, wohin immer ich will. Auf dieser Reise soll mich dann niemand nach meinem Paß fragen können.“ Das hat Außenminister Bevin in seiner geraden, erfrischenden Art neulich einmal gesagt. Auf die Frage nach seiner Vorstellung von der Zukunft der Welt.

Nun, wir sind noch nicht ganz so weit. Und mit einem leisen Stoßseufzer der Resignation entgleitet uns dieser Wunschtraum wieder.

Die erste freiwillige Reise ins Ausland! Seit fast 10 Jahren! Wir sind zwar zwischenzeitlich in Welkije Luki und in Florida gewesen, aber von Freiwilligkeit konnte dabei nicht gut die Rede sein.

Für die Reisestiligen: Oesterreich ist wieder Ausland. Die Fahne ist rot-weiß. Man rechnet nach Schilling und Groschen. Die Zollbeamten fragen höflich, aber bestimmt nach Devisengenehmigung und Zigarettenüberschuß. Aber der Arlbergtunnel und die Berge der Nordkette, im Stubay und Zillertal stehen noch in alter Schönheit und Würde. Der Inn führt seine rauhen, wilden Wassern noch immer unter der Kettenbrücke in Innsbruck durch. Und die Glocken der Dorfkirchen mischen ihre mahnenden Rufe in das Läuten der Kügelöken. Wie vor dem Kriege! Tirol und Voralpen sind relativ glimpflich durch die Kriegsjahre gekommen. Es gab zwar in Innsbruck seit einer Woche keine Butter, aber Papiermangel herrscht nicht. Man kann auf den Straßen und in Trafiks amerikanische, französische und österreichische Zeitungen aus allen „Ländern“ kaufen. Im Gebäude des Gouvernements Militärs gibt es einen Stand, an dem „L'illustration“, „Time“, „Picture Post“, „Vogue“ und „New York Herald Tribune“ der Pariser Ausgabe zu haben sind. In den Buchläden lagen Romane der englischen Guild-Books-Ausgabe für 3 Schillinge aus.

Wir waren nicht wenig erstaunt, Paul Kemp in „Charleys Tante“ unter eigener Regie zu sehen. Er hat nichts von seiner Frische und seinem Humor verloren. Nein, es sind nicht alle Reichsdeutschen ausgewiesen. Auch im Innsbrucker Rundfunk begegnen uns einige Herren mit einwandfrei norddeutschem Dialekt.

Nachdem wir eines Abends in Seefeld eine halbe Stunde durch Dreck und Schnürlegen getappt waren, fanden wir endlich zum Burgschauspieler F. L. Er wohnt mit Frau und Kind in zwei winzigen Stübchen, genau wie wir andere Sterblichen. Bei Kaffee und Zigaretten gab's eine lange Unterhaltung. Heidelberger Festspiele 1939, Krieg und Wien in der Nachkriegszeit — es gab genug zu erinnern und zu berichten. Er erzählte unter anderem von der Aufführung eines russischen Stückes im Ronacher, bei der die Theateroffiziere der russischen Militärregierung von der ersten bis zur letzten Probe anwesend waren. Sie achteten darauf, daß keine Striche gemacht wurden und sorgten für eine neue Uebersetzung, die sie ihnen nicht gut genug erschien. Als ein Wiener Theaterbericht die unrusische Darstellung kritisierte, erschien eine Gegenerklärung des Inhalts, daß das Stück auch in Moskau nicht russischer hätte dargestellt werden können. Einige Tage vorher hatten wir L. bei einem Rezitationsabend heiter und lyrischer Gedichte gehört. Ein reiner Genuß! Die Sprechkultur der Burg, o Biele doch ein Abglanz davon in unser Städtchen!

Es wird viel Theater gespielt in Oesterreich.

Dörfern, Aber man hofft vertrauensvoll auf die Hilfe des Auslands. Diese Hoffnung wird nicht unbegründet sein; Oesterreichs Ruf als Land des Walkers und des Fremdenverkehrs ist unerschüttert.

Rührend ist das nahezu unbegrenzte Vertrauen, das der Oesterreicher in den Fleiß des Reichsdeutschen setzt. „Ihr schaffts bestimmt schneller als wir“. Das war beständig zu hören. Und an bösen Gerüchte über die Abneigung gegen Reisende aus dem „Altreich“ wurdeln durch die Erfahrungen dieser Reise widerlegt. Von zufälligen Begegnungen in der Tram- bahn über Behördenvertreter zu alten Freunden und Bekannten war jedermann uns auf selbstloseste Weise mit Rat und Tat beihilflich. Ja, es schien uns, als wollte man besonders betonen, daß wir zwar unter einem unglücklichen Stern zusammengekommen waren, daß aber gemeinsames Leid und gemeinsame Schuld uns Menschen über die Grenzen hinweg binde — und daß im Großen und Ganzen hüben und drüben nun mal deutsch gesprochen wird.

Dr. H. Blume.

Von Kunst und Künstlern / Aphorismen von Dr. O. Gillen

Die Künstler müssen doch einmal dazu kommen, sich von den ewigen Nachahmungen der Antike oder irgendeiner vergangenen Stilart frei zu machen. Unsere Götter wohnen mitten unter uns. Wir brauchen nur die Augen aufzumachen, dann begegnen wir ihnen allgegenwärtig. Es ist nur Bequemlichkeit, wenn wir das tausendmal Gemachte tausendmal wieder machen. Wo bleibt die originelle schöpferische Leistung, wenn die Formen, die einer anderen Zeit, einer anderen Sonne, einem anderen Volk gehörten, immer wieder von den Späteren übernommen werden; sie können sie allenfalls verkleinern, niemals aber steigern.

Die Musik ist keineswegs eine „abstrakte“ Kunst. Musik muß ebenso „anschaulich“, so sinnlich sein, wie jede andere Kunstgattung auch. Sie muß Fülle, Farbe, Spannungen haben wie alles Leben, wie alle Kunst. Da die Musik die meisten Menschen nur gefühlsmäßig wirkt, ohne daß sie Form und Stoff erfassen könnten, wird etwa bei der Dichtung und der bildenden Kunst. Ist ihr Gefühl der einzige Maßstab der Beurteilung. Aber nur wenige haben noch unverbildete Gefühle.

Der Dichter ist der Typus des absoluten Menschen. Er trägt den Maßstab seines Denkens, Empfindens und Lebens in sich selbst und in den Gesetzen des Kosmos, um die er gläubig und ahnungslos weiß und denen er dienend folgt. Er weiß um das wesentliche Leben und lebt wesentlich, anders ist er kein Dichter. Er darf nur seinem Gewissen folgen. In seinem Gewissen aber ruht das Gewissen der Menschheit.

Der Dichter empfängt seine Anregungen unmittelbar aus der Natur, der Literat aus den Büchern.

Mary Wigman 60 Jahre alt

Die deutsche Tänzerin Mary Wigman beging am 13. Nov. ihren 60. Geburtstag. Als bedeutendste Persönlichkeit und Mitgeschöpferin einer neuen Tanzrichtung, des „neuen deutschen Tanzes“, hat sie in vielen Tourneen, solistisch und mit ihrer Gruppe, in Europa und Amerika entscheidende Anregungen gegeben, die in der Entwicklung des Bühnentanzes von nachhaltiger Wirkung sind. Als Schülerin des ungarischen Tanztheoretikers, Choreographen und Tänzers Rudolf von

Vor und hinter den Gittern / Von Kurt Groos

Die Kinder des Professors preßten die Nasen gegen die Gitterstäbe des Affenkäfigs und sahen den Affen zu, deren Gebaren sie über alle Maßen belustigte. „So etwas Verrücktes wie diese albern Affen habe ich mein Lebtag noch nicht gesehen“, sagte der Älteste des Professors. „Ja, die Natur macht oft seltsame Seitensprünge“, äußerte seine Gattin.

Dem Professor wurden die Seinen zu ausgelassen; er ermahnte sie zur Haltung. „Wir dürfen uns erheben über diese so nutzlos erscheinenden Wesen da hinter den Gittern“, sagte er, „die weise Natur wird schon ihren Grund gehabt haben, sie so und nicht anders zu schaffen. Danken wir dem Schöpfer, daß wir nicht so sind — aber keiner breche über den anderen den Stab!“

Die Kinder des Professors preßten die Nasen gegen die Gitterstäbe des Affenkäfigs und sahen den Affen zu, deren Gebaren sie über alle Maßen belustigte. „So etwas Verrücktes wie diese albern Affen habe ich mein Lebtag noch nicht gesehen“, sagte der Älteste des Professors. „Ja, die Natur macht oft seltsame Seitensprünge“, äußerte seine Gattin.

Dem Professor wurden die Seinen zu ausgelassen; er ermahnte sie zur Haltung. „Wir dürfen uns erheben über diese so nutzlos erscheinenden Wesen da hinter den Gittern“, sagte er, „die weise Natur wird schon ihren Grund gehabt haben, sie so und nicht anders zu schaffen. Danken wir dem Schöpfer, daß wir nicht so sind — aber keiner breche über den anderen den Stab!“

Die Kinder des Professors preßten die Nasen gegen die Gitterstäbe des Affenkäfigs und sahen den Affen zu, deren Gebaren sie über alle Maßen belustigte. „So etwas Verrücktes wie diese albern Affen habe ich mein Lebtag noch nicht gesehen“, sagte der Älteste des Professors. „Ja, die Natur macht oft seltsame Seitensprünge“, äußerte seine Gattin.

Dem Professor wurden die Seinen zu ausgelassen; er ermahnte sie zur Haltung. „Wir dürfen uns erheben über diese so nutzlos erscheinenden Wesen da hinter den Gittern“, sagte er, „die weise Natur wird schon ihren Grund gehabt haben, sie so und nicht anders zu schaffen. Danken wir dem Schöpfer, daß wir nicht so sind — aber keiner breche über den anderen den Stab!“

Die Kinder des Professors preßten die Nasen gegen die Gitterstäbe des Affenkäfigs und sahen den Affen zu, deren Gebaren sie über alle Maßen belustigte. „So etwas Verrücktes wie diese albern Affen habe ich mein Lebtag noch nicht gesehen“, sagte der Älteste des Professors. „Ja, die Natur macht oft seltsame Seitensprünge“, äußerte seine Gattin.

Dem Professor wurden die Seinen zu ausgelassen; er ermahnte sie zur Haltung. „Wir dürfen uns erheben über diese so nutzlos erscheinenden Wesen da hinter den Gittern“, sagte er, „die weise Natur wird schon ihren Grund gehabt haben, sie so und nicht anders zu schaffen. Danken wir dem Schöpfer, daß wir nicht so sind — aber keiner breche über den anderen den Stab!“

Die Kinder des Professors preßten die Nasen gegen die Gitterstäbe des Affenkäfigs und sahen den Affen zu, deren Gebaren sie über alle Maßen belustigte. „So etwas Verrücktes wie diese albern Affen habe ich mein Lebtag noch nicht gesehen“, sagte der Älteste des Professors. „Ja, die Natur macht oft seltsame Seitensprünge“, äußerte seine Gattin.

Dem Professor wurden die Seinen zu ausgelassen; er ermahnte sie zur Haltung. „Wir dürfen uns erheben über diese so nutzlos erscheinenden Wesen da hinter den Gittern“, sagte er, „die weise Natur wird schon ihren Grund gehabt haben, sie so und nicht anders zu schaffen. Danken wir dem Schöpfer, daß wir nicht so sind — aber keiner breche über den anderen den Stab!“

Die Kinder des Professors preßten die Nasen gegen die Gitterstäbe des Affenkäfigs und sahen den Affen zu, deren Gebaren sie über alle Maßen belustigte. „So etwas Verrücktes wie diese albern Affen habe ich mein Lebtag noch nicht gesehen“, sagte der Älteste des Professors. „Ja, die Natur macht oft seltsame Seitensprünge“, äußerte seine Gattin.

Dem Professor wurden die Seinen zu ausgelassen; er ermahnte sie zur Haltung. „Wir dürfen uns erheben über diese so nutzlos erscheinenden Wesen da hinter den Gittern“, sagte er, „die weise Natur wird schon ihren Grund gehabt haben, sie so und nicht anders zu schaffen. Danken wir dem Schöpfer, daß wir nicht so sind — aber keiner breche über den anderen den Stab!“

Die Kinder des Professors preßten die Nasen gegen die Gitterstäbe des Affenkäfigs und sahen den Affen zu, deren Gebaren sie über alle Maßen belustigte. „So etwas Verrücktes wie diese albern Affen habe ich mein Lebtag noch nicht gesehen“, sagte der Älteste des Professors. „Ja, die Natur macht oft seltsame Seitensprünge“, äußerte seine Gattin.

Dem Professor wurden die Seinen zu ausgelassen; er ermahnte sie zur Haltung. „Wir dürfen uns erheben über diese so nutzlos erscheinenden Wesen da hinter den Gittern“, sagte er, „die weise Natur wird schon ihren Grund gehabt haben, sie so und nicht anders zu schaffen. Danken wir dem Schöpfer, daß wir nicht so sind — aber keiner breche über den anderen den Stab!“

Die Kinder des Professors preßten die Nasen gegen die Gitterstäbe des Affenkäfigs und sahen den Affen zu, deren Gebaren sie über alle Maßen belustigte. „So etwas Verrücktes wie diese albern Affen habe ich mein Lebtag noch nicht gesehen“, sagte der Älteste des Professors. „Ja, die Natur macht oft seltsame Seitensprünge“, äußerte seine Gattin.

Dem Professor wurden die Seinen zu ausgelassen; er ermahnte sie zur Haltung. „Wir dürfen uns erheben über diese so nutzlos erscheinenden Wesen da hinter den Gittern“, sagte er, „die weise Natur wird schon ihren Grund gehabt haben, sie so und nicht anders zu schaffen. Danken wir dem Schöpfer, daß wir nicht so sind — aber keiner breche über den anderen den Stab!“

Die Kinder des Professors preßten die Nasen gegen die Gitterstäbe des Affenkäfigs und sahen den Affen zu, deren Gebaren sie über alle Maßen belustigte. „So etwas Verrücktes wie diese albern Affen habe ich mein Lebtag noch nicht gesehen“, sagte der Älteste des Professors. „Ja, die Natur macht oft seltsame Seitensprünge“, äußerte seine Gattin.

Dem Professor wurden die Seinen zu ausgelassen; er ermahnte sie zur Haltung. „Wir dürfen uns erheben über diese so nutzlos erscheinenden Wesen da hinter den Gittern“, sagte er, „die weise Natur wird schon ihren Grund gehabt haben, sie so und nicht anders zu schaffen. Danken wir dem Schöpfer, daß wir nicht so sind — aber keiner breche über den anderen den Stab!“

„Prophetien wider das Dritte Reich“

Zu den Publizisten, die sich in den Jahren vor dem „Umbruch“ die Feindschaft der zur Macht drängenden Nationalsozialisten in besonderem Maße zugezogen hatten, gehörten der frühere langjährige Chefredakteur der Münchner Neuesten Nachrichten, Dr. Fritz Gerlich, der seit 1930 in München den „Illustrierten Sonntag“ herausgab, und der Kapuzinerpater Ingbert Naab, der 1924 die Zeitschrift „Der Weg“ gründete, die später mit dem „Illustrierten Sonntag“ verschmolzen wurde und in die von Gerlich und Naab gemeinsam geleitete Wochenschrift „Der gerade Weg“ einmündete. In der Kampf gegen das rechtsradikale Verbrechen als vordringlichste politische Aufgabe betrachteten, ihren Weg wirklich so gerade und kompromißlos, daß sie, als schließlich die Katastrophe dennoch hereinbrach, keine Gnade zu erwarten hatten. Gerlich, der, obwohl er, bedroht und gewarnt, genau wußte, was ihm bevorstand, sich trotzdem nicht zur Flucht entschließen konnte, wurde am 9. März 1933 verhaftet und nach langer Einzelhaft und mannigfachen Mißhandlungen am 30. Juni 1934 im Zusammenhang mit den Ereignissen um den Röhm-Putsch nach Dachau geschleppt und bestialisch ermordet; Naab, schon damals sehr leidend, entzog sich dem Zugriff der braunen Häscher durch die Flucht in die Schweiz und starb zwei Jahre später in einem Krankenhaus in Straßburg.

Den Beitrag, den die beiden unerschrockenen Kämpfer zum Widerstand gegen die Deutschland und die Welt bedrohende Verschwörung der Unterwelt geleistet haben, wartet jetzt ein in München Verlag Dr. Schnell und Dr. Steiner erschienenes Werk „Prophetien wider das Dritte Reich“, das von Dr. Johannes Steiner, einem Mitarbeiter der Verstorbenen, aus ihren Veröffentlichungen zusammengestellt wurde. Nahezu 600 Seiten füllen diese Artikel, Aufrufe und Karikaturen, durch die das vom Nationalsozialismus drohende Verhängnis aufgezeigt wurde, und die Heilsichtigkeit, mit der die nahe Katastrophe auch in ihren Einzelheiten vorausgesehen und ausgemalt wird, erlauben es tatsächlich, diese Aufsätze als Prophetien gelten zu lassen.

Gewiß waren Gerlich und Naab nicht die einzigen Rufer in der Wüste, die das kommende Unheil und sein Ausmaß weitblickend voraussahen. Gleichwohl ist es lehrreich und nützlich, nachzulesen, welche Anstrengungen sie unternommen haben, um die Öffentlichkeit über die Größe der Gefahr aufzuklären und alle, die guten Willens waren oder es hätten sein müssen, zum Widerstand zusammenzurufen. Das nordisch-irisch-germanische Rassen- und Heldengeschwätz, der Macht- und Rechts-Standpunkt, die Gier nach Gesinnungs- diktatur und Staatsausplünderung, die Absage an alle sittlichen Bindungen, die in Hitlers und Rosenbergs Fibern der „Bewegung“ das Leid durch die gerade Weg“ einmündete. In der Kampf gegen das rechtsradikale Verbrechen als vordringlichste politische Aufgabe betrachteten, ihren Weg wirklich so gerade und kompromißlos, daß sie, als schließlich die Katastrophe dennoch hereinbrach, keine Gnade zu erwarten hatten. Gerlich, der, obwohl er, bedroht und gewarnt, genau wußte, was ihm bevorstand, sich trotzdem nicht zur Flucht entschließen konnte, wurde am 9. März 1933 verhaftet und nach langer Einzelhaft und mannigfachen Mißhandlungen am 30. Juni 1934 im Zusammenhang mit den Ereignissen um den Röhm-Putsch nach Dachau geschleppt und bestialisch ermordet; Naab, schon damals sehr leidend, entzog sich dem Zugriff der braunen Häscher durch die Flucht in die Schweiz und starb zwei Jahre später in einem Krankenhaus in Straßburg.

Den Beitrag, den die beiden unerschrockenen Kämpfer zum Widerstand gegen die Deutschland und die Welt bedrohende Verschwörung der Unterwelt geleistet haben, wartet jetzt ein in München Verlag Dr. Schnell und Dr. Steiner erschienenes Werk „Prophetien wider das Dritte Reich“, das von Dr. Johannes Steiner, einem Mitarbeiter der Verstorbenen, aus ihren Veröffentlichungen zusammengestellt wurde. Nahezu 600 Seiten füllen diese Artikel, Aufrufe und Karikaturen, durch die das vom Nationalsozialismus drohende Verhängnis aufgezeigt wurde, und die Heilsichtigkeit, mit der die nahe Katastrophe auch in ihren Einzelheiten vorausgesehen und ausgemalt wird, erlauben es tatsächlich, diese Aufsätze als Prophetien gelten zu lassen.

Es fehlt auch nicht die Kritik an den Männern, die dem Nationalsozialismus es erste ermöglichten, seine verschwörerischen Pläne in die Tat umzusetzen. Hugenberg, Papen und Hindenburg werden zeitig als Steigbügelhalter erkannt. In einem offenen Brief wendet sich Gerlich an Hindenburg und appelliert an sein Gewissen, und als dieser Appell nichts fruchtet, wird seine Absetzung durch einen Volksentscheid gefordert und Anklageerhebung gegen ihn vor dem Staatsgerichtshof durch den Reichstag. In dem Komplotz der Reichswehr- generale, die mit Hindenburg und Ludendorff zusammen den Krieg verloren haben und die mit Hilfe des Gefreiten Hitler zu einem neuen Kriege treiben, durch dessen siegreichen Ausgang ihr rapponiertes Prestige wieder hergestellt werden soll, wird mit Recht eines der größten Gefahrenmomente gesehen.

Die „Prophetien wider das Dritte Reich“ rücken die Kräfte, die das Unheil der letzten 13 Jahre heraufbeschworen haben, ins richtige Licht und warnen, sie in irgendeiner Tarnung wieder wirksam werden zu lassen.

Nobelpreis für Hermann Hesse

Bad Nauheim, 15. Nov. (dona) Hermann Hesse, der schon im ersten Weltkrieg eindeutig seine Abkehr von allem Nationalismus vollzog und ein erbitterter Feind des Dritten Reiches war, wurde am 13. November der Nobelpreis des Jahres 1946 für Literatur verliehen.

Zwei Premieren im Staatstheater

Der morgige Sonntag bringt für die Schauspiel- und Operntheater Karlsruhe die interessantesten künstlerischen Ereignisse der bisherigen Spielzeit: Zwei Premieren von höchstem Niveau. Am Nachmittag, 14.30 Uhr, gelangt als Austauschspiel der Stadt, Bühnen Heideberg die beliebte Spiel „Galgenfrist“ von Paul Osborn zur Aufführung. Das groß in allen Literaturen wiederkehrende Motiv von der Überbrückung des Todes durch den Menschen wird in gemütvoller und herzerzitternder Weise behandelt. Die Hauptrollen sind der Großvater und sein Enkel, gespielt von Aram Waldeck-Bühnguth und dem kleinen Peter Hecker.

Die Premiere des Abends ist die Neuaufführung von Beethovens Oper „Fidelio“. Musikalische Leitung: Otto Matzka, Inszenierung: Otto Matzka und Heinz Gerber. Bühnenbilder und Kostüme: Heinz Gerber. Neuartig an dieser Inszenierung ist die interessante Ausdeutung des Werkes durch die beiden Intendanten, die sich vom Ohr und vom Auge her auf einer Ebene von gleichem künstlerischem Zusammenhang treffen, und die das Geschehen der Oper in die Zeit der französischen Revolution rücken, in besonderer Betonung der Schwarz-Weiß-Kontraste des Textbuches, so daß sich eine an Goya erinnernde unkonventionelle Inszenierung ergibt.

Wer geht?

Das „Badener Lotterielos“ ist, das die Lotteriestellen — ein neue Formulierungen aufzuklären und alle, die guten Willens waren oder es hätten sein müssen, zum Widerstand zusammenzurufen. Das nordisch-irisch-germanische Rassen- und Heldengeschwätz, der Macht- und Rechts-Standpunkt, die Gier nach Gesinnungs- diktatur und Staatsausplünderung, die Absage an alle sittlichen Bindungen, die in Hitlers und Rosenbergs Fibern der „Bewegung“ das Leid durch die gerade Weg“ einmündete. In der Kampf gegen das rechtsradikale Verbrechen als vordringlichste politische Aufgabe betrachteten, ihren Weg wirklich so gerade und kompromißlos, daß sie, als schließlich die Katastrophe dennoch hereinbrach, keine Gnade zu erwarten hatten. Gerlich, der, obwohl er, bedroht und gewarnt, genau wußte, was ihm bevorstand, sich trotzdem nicht zur Flucht entschließen konnte, wurde am 9. März 1933 verhaftet und nach langer Einzelhaft und mannigfachen Mißhandlungen am 30. Juni 1934 im Zusammenhang mit den Ereignissen um den Röhm-Putsch nach Dachau geschleppt und bestialisch ermordet; Naab, schon damals sehr leidend, entzog sich dem Zugriff der braunen Häscher durch die Flucht in die Schweiz und starb zwei Jahre später in einem Krankenhaus in Straßburg.

Den Beitrag, den die beiden unerschrockenen Kämpfer zum Widerstand gegen die Deutschland und die Welt bedrohende Verschwörung der Unterwelt geleistet haben, wartet jetzt ein in München Verlag Dr. Schnell und Dr. Steiner erschienenes Werk

Karlsruher



Am Rande vermerkt

Veranstaltungen sind das ureigenste Gebiet der Jugend. Sie folgt gerne dem Rufe der Jugend, die den beherzten Kampf im selbigen „Ring“ anzeigt, oder das Spiel mit runden Lederball. Wenn es die Leistungen verdienen, soll das Recht der Begeisterung beschnitten werden. Dazu bedarf es kaum einer Aufforderung.

Wie steht es bei schlechten Leistungen? Es steht nicht in einer Veranstaltung. Es ist harter Männerport geboten. Wichtig sind die Gegner ihre ledesten. In Weiß gekleidet sorgte ein anderer Spieler? Jedenfalls tobe und pfiff es wild. Zuschauerraum. Minutenlang. Vorauf die Generation und — und das was das Überraschende — Püppchen mit kirschtönen und sorgfältig nachgezogenen Augenbrauen, spitzten das Mündchen und ließen als Vertreterinnen des zarten Geschlechts Zurecht Stapel, die rauen Männern nicht geläufig. Auf einem Sportplatz war es ebenso, wie ich glaube, die gleichen Gesichter wiederholte zu den vielen Artikel, die Zeitungs- und Zeitschriften der Jugend widmeten. Sieht man nicht, dass die Jugend davon nicht angesprochen wird, weil sie direkt an sie gerichtet sind. Sie unbeachtet und unbeführt ihre Wege und selbst das aus dem Leben picken, was ihr gut dünkt. Daß sie dabei den rechten Weg nicht verläßt, ist Sache der Erziehung. Daran fehlt es nicht nur bei den geschulden Vorfahren.

Erziehung ist Glücksache, hat einer gesagt. Recht hatte er nicht. Doch scheint es noch Glückssache zu sein, Eltern zu finden, die es können. P. S.

Radio Stuttgart Forum

Radio Stuttgart veranstaltet am 17. November im Konzerthaus in Karlsruhe sein Forum. Die Forum ist der Titel einer Veranstaltung, in der Fragen von unmittelbarem menschlichen Interesse vor einer breiten Öffentlichkeit diskutiert werden. Als Besondere dieser Aussprache soll vermerkt werden, daß die Zuhörer selber Stellung nehmen können zu den Ansichten der einzelnen Diskussionsnehmer.

Das Thema der Veranstaltung in Karlsruhe lautet: „Sind Frauen fähig, den gleichen Anteil am öffentlichen Leben zu nehmen wie Männer oder nicht?“ Diskussionsleiter ist Oberbürgermeister Hermann Veit, Diskussionsnehmer Frau Minister Dr. Elfriede Engel, Hannover, Minister für Wohlfahrtspflege, Oberbürgermeister Dr. Peter Blandenburg, Pforzheim, Frau Maria Redow, Studienrat Reichel.

Die Veranstaltung sieht ihre Aufgabe darin, ein Thema mit Vernunft und Redlichkeit zu diskutieren und in vollkommener Freiheit die Meinung der anderen anzuerkennen und gelten zu lassen. Aufgabe der Aussprache ist es nicht, zu einer vollkommenen Lösung zu kommen, sondern Zuschauer und Teilnehmer anzuspornen, über das Problem nachzudenken, nachdem die breite Öffentlichkeit in den letzten 12 Jahren dazu erzogen worden ist, Befehle entgegenzunehmen und diese Befehle auszuführen. Daß Radio Stuttgart diesen Aussprachen sich nicht nur auf die Stadt Stuttgart beschränkt, sondern auch andere Städte bezieht, beweist, daß man bemüht ist, einen möglichst engen Kontakt mit allen Hörern herzustellen.

Wer gewann das Einfamilienhaus?

Das „Badener Tagblatt“ hat über die Ziehung der Lotterie der Karlsruher Arbeiterwohlfahrt berichtet, daß Oberbürgermeister Veit als erster die Lotteriestrommel griffen und den Hauptgewinn — ein Einfamilienhaus — gezogen habe. Die Formulierung der Meldung ließ die Aufmerksamkeit aufkommen, daß die Karlsruher Stadtverwaltung der glückliche Gewinner sei, sich also den Haupttreffer gezogen habe. Dies spricht jedoch, wie ausdrücklich festgestellt ist, nicht den Tatsachen, sondern der Hauptgewinn ist selbstverständlich dem Inhaber des betreffenden Loses zugefallen. Oberbürgermeister Veit hat lediglich als Vorsitzender des Ausschusses die Ziehung eröffnet, indem er das erste Los aus der Lotteriestrommel entnahm, das der Hauptgewinn fiel. Im übrigen hat die glückliche Gewinner bis jetzt noch nicht gemeldet.

Nähmittelabschnitt behält seine Gültigkeit

Auf der Lebensmittelliste der 95. Zuteilungsperiode befindliche Nähmittelabschnitt im Wert von RM. —20 wird auf RM. —25 erhöht. Nähmittelkartenabschnitt verfallen nicht im Ablauf der 95. Zuteilungsperiode und behalten ihre Gültigkeit bis zur Befreiung.

Friedrich Sigmund †. Ein unentworfener Kämpfer

Demokratie und Sozialismus, Friedrich Sigmund, hat im Alter von 72 Jahren die Augen für immer geschlossen. Der nun Verlebte wirkte viele Jahrzehnte für die Gewerkschaft. Bis zum Verbot des deutschen Arbeiterverbandes im Jahre 1933 war er dessen Geschäftsführer. In der Sozialdemokratischen Partei stand Sigmund jahrzehntelang auf vorgeschobenen Posten, viele Jahre als Vorsitzender. Im Karlsruher Bürgerausschuss wirkte er, zuletzt als Mitglied des Stadtrats und des Stadtvorstandes, unablässig an der Verankerung der Belange der arbeitenden Schichten. In besonderer Liebe widmete er sich dem Gewerkschaftswesen und gehörte viele Jahre dem Aufsichtsrat der Gartenstadt an. Als Vorstandsmitglied und dann als Vorsitzender der gemeinsamen Ortskrankenkasse erwarb er sich besondere Verdienste um die Versicherten. Unermüdlich galt sein Kampf dem Nazismus, der nach seiner Verhaftung im August 1944 durch die Vernehmung durch die Gestapo beendet wurde, wie er zum Nationalsozialismus nicht antwortete er, daß ein alter Baum nicht umgewandelt werden könne. Ebenso mutvoll setzte sich der damals bereits 70jährige im Reichsdachau. Mit Friedrich Sigmund ist ein gewandter, liebevoller und toleranter Mitarbeiter, ein vorbildlicher und verdienstvoller Gewerkschaftsführer von uns gegangen.

SPD-Versammlung. Am Montag, den 18. November, abends 20 Uhr, spricht im Bonifatius-Landtagskandidat Werner Orth über...

...was kommt nach der Verfassung?*

Warenlotterie. Um den Berufstätigen die Abholung ihrer Gewinne zu ermöglichen, ist die Ausgabestelle der Arbeiterwohlfahrts-Warenlotterie auch am Samstagnachmittag und Sonntag von 10 bis 18 Uhr geöffnet.

Jubiläumfeier der Färberei Printz A.-G. Anlässlich des hundertjährigen Bestehens der Firma Printz A.-G. fand in den Fabrikräumen der Färberei eine schlichte Feier statt. Die musikalische Umrahmung wurde durch Mitwirkung der Bläser-Kammermusik-Vereinigung der Badischen Staatskapelle verschönert, die mit einer Andante aus dem Biserquintett von A. Klughard die Feier einleitete. In einem Prolog rezitierte Marianne Wiedemann die Geschichte des Werkes. Bürgermeister Riedinger überbrachte die Glückwünsche der Stadtverwaltung und sprach den Wunsch aus, daß das Werk seine Friedensleistung wieder erreichen möge. O. K.

Eindrucksvolle Kundgebung der SPD

Staatsrat Prof. Schmid über den staatlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbau

Die SPD leitete die Vorbereitung auf die Kundgebung am Donnerstag mit einer Kundgebung im Konzerthaus ein, zu deren Beginn Oberstudienrat Dr. H. Dietrich im Namen des stellvertretenden Hauses als Redner des Abends Staatsrat Prof. Schmid-Tübingen willkommen hieß. Prof. Schmid sei durch seinen ausschlaggebenden Beitrag zum Verfassungsentwurf für Nord-Württemberg-Baden und als hervorragender Kenner der politischen und wirtschaftlichen Probleme besonders berufen, über die Aufgaben unserer Zeit und die Ziele der Partei zu sprechen.

Prof. Schmid umriß zunächst die Bedeutung des 24. November, der dem Wähler nicht nur Gelegenheit gebe, Männer seines Vertrauens in den Landtag zu schicken, sondern sich auch für oder gegen die Verfassung zu entscheiden, die für lange Zeit hinaus die Entwicklung unseres Landes bestimmen werde. Die Partei empfehle mit gutem Gewissen dringend die Annahme des Entwurfs, der im wesentlichen ihr Werk darstelle und mit dem sie ihr politisches Wollen identifiziere. Zwar könne er, wie alles Menschenwerk, nicht den Anspruch auf letzte Vollkommenheit erheben, aber die Sicherungen, die er dem privaten, wirtschaftlichen und staatlichen Leben gebe und die durch ihn vorgenommene Abgrenzung von Rechten und Pflichten des Einzelnen und des Staates stellen eine brauchbare Grundlage für eine Neuordnung der Dinge dar.

Aus den durch ihre Gründlichkeit und Warmherzigkeit packenden Ausführungen des Redners, die die heutige deutsche Gesamtsituation von allen Seiten beleuchteten, die Bedeutung der Verfassung in ihren wesentlichen Punkten klar herausstellten und Tradition und Ziele der Partei einprägsam umrissen, seien hier nur die hervorgehoben, die die stärkste Resonanz bei den Zuhörern fanden und sie immer wieder zu anhaltenden Beifallsbezeugungen hinriß. Eindeutig ist in der Verfassung, so betonte Prof. Schmid, die Absage an den Staat als Götzen festgelegt. Der Mensch ist in seiner privaten Sphäre ganz in das Recht eingebettet. Einen Staatssozialismus lehnen wir ebenso ab wie eine von Monopolen beherrschte Wirtschaft. Was wir wollen, ist eine Wirtschaft auf demokratischer Basis mit sinnvoll abgegrenzten Rechten des Unternehmers und des Arbeitnehmers. In ihr ist eine Monopolwirtschaft unmöglich, aber dem mittleren und kleinen Unternehmer soll Initiative genug eingeräumt bleiben. Es wird sich herausstellen, ob die Parteien, die sich theoretisch für die Sozialisierung gewisser Betriebe erklären, auch praktisch für sie eintreten werden. Als Ideal einer Sozialisierung schwebt uns die der Zeitwerke in Jena vor, die sich nun schon ein halbes Jahrhundert lang bewährt hat und die dem schöpferischen Willen ihrer Leiter den weitesten Spielraum ließ. Da die Produktion auf lange Zeit hinaus in den Dienst des Wiederaufbaus gestellt sein muß, werden wir ohne eine Planwirtschaft nicht auskommen. Denn ohne sie könnte ein Schiebertum von unvorstellbarem Ausmaß sich breitmachen. Die Produktion muß daher durch eine Generallenkung an die Konsumenten verteilt werden. Die Verfassung gibt die Möglichkeit, die Monopole in den Allgemeinbesitz zu überführen und wir werden dafür sorgen, daß vor dieser Verpflichtung keine Partei ausweichen kann. Daß aber Verstaatlichung nicht Bürokratisierung bedeuten soll, versteht sich von selbst. Stürmischen Beifall fanden das Bekennen des Redners zum deutschen Einheitsstaat und seine Forderung, den Verpfändungen von deutschen Wertgegenständen ins Ausland ein Ende zu machen und die Millionen deutscher Kriegsgefangenen aus Gründen der Menschlichkeit und mit Rücksicht auf unsere Wirtschaft endlich in die Heimat zurückzuführen. Die Nichterfüllung dieser simplen Forderung müsse unweigerlich das deutsche Volk verblutten und entmutigen.

Allgemeinen Beifall fand auch die Versicherung Prof. Schmidts, daß die weltanschauliche Einstellung der SPD religiöse Toleranz als etwas Selbstverständliches ansehe. Gewisse

Auslandsvermögen der Ausgewiesenen. Wie uns das Sekretariat der SPD Karlsruhe mitteilt, müssen Flüchtlinge und Ausgewiesene, die nach dem 31. Dezember 1937 Vermögen im Ausland zurückgelassen haben, dieses nach einer Mitteilung des Staatskommissars gemäß Kontrollratsgesetz Nr. 53 schnellstens anmelden. — Die Wohnungsinhaber werden gebeten, die Flüchtlinge auf dieses Gesetz aufmerksam zu machen.

Einbruchsdiebstahl. Bei einem nächtlichen Einbruch in ein Lederwarengeschäft in der Kriegsstraße wurden einige Ledertaschen sowie eine größere Anzahl Füllfederhalter entwendet.

Goldene Hochzeiten. Die Eheleute Thomas Abendschön, Karlsruhe, Eschenweg 17, feierten am 11. November 1946, und die Eheleute Eduard Schwartz, Karlsruhe, Morgenstraße 93, am 14. November 1946 das Fest ihrer goldenen Hochzeiten. Der Oberbürgermeister ließ den Jubelpaaren die herzlichsten Glückwünsche nebst einer Ehrenprobe übermitteln.

Geburtsst. Am 17. November feierten Frau Marie Steffin, Gerwigstr. 4, den 82. und Wilhelm Frank, Karlsruh. 104, den 80. Geburtstag.

Jubiläum. Sein 60jähriges Geschäftsjubiläum und seinen 75. Geburtstag feierte Josef Kirmann, Klauprechtstr. 34.

Spannungen aus der Zeit, da die Kirchen sozialpolitisch einseitig orientiert waren, brauchten heute nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die Jugend nicht mehr zu bestehen. Es sei ein Mißbrauch, wenn heute bestimmte Parteien sich als christlich firmierten und die SPD als unchristlich ablehnten, obwohl sie niemandem daran hindere, christlich zu leben und zu handeln. Wer ehrlich sei, müsse das ebenso zugeben, wie er den Vorwurf ablehne, daß die Partei klassenkämpferisch eingestellt sei, weil sie den Klassenkampf, der durch ein gewissenloses Unternehmertum entfesselt worden war, aufgenommen habe. So scharf die SPD gegen den Nationalsozialismus eingestellt gewesen sei, so energisch verurteile sie es, daß heute die

DAS WORT DER FRAUEN

Frauen zu den Wahlen
Stimme aus Heidelberg

Die Weimarer Reichsverfassung garantierte den Frauen „grundsätzlich“ die gleichen staatsbürgerlichen Rechte wie den Männern; die jetzt bergenden Verfassungen der Länder der US-Zone gehen zu weit darüber hinaus und manifestieren, daß die Frau dem Mann im öffentlichen Leben gleichgestellt ist. Alle Parteien erkennen die Gleichberechtigung der Frau an und wenden sich an die Frauen als die Hauptmasse ihrer Wähler.

In zwei Weltkriegen und in schweren Friedensjahren hat die Frau immer wieder bewiesen, daß sie an jeder Stelle, an die sie gestellt wird, dem Manne Gleichwertiges leistet. Wie ist es da zu rechtfertigen, daß die Frau heute trotzdem nach wie vor politisch ausgeschaltet ist? Wir finden Frauen nur in verschwindend geringer Zahl an entscheidender Stelle im öffentlichen Leben, wir erleben, daß die demokratischen Parlamente nach wie vor so gut wie rein männlich sind. Können wir heute noch einen Männerstaat als Demokratie ansehen? Demokratie setzt die Freiheit und Gleichheit aller Staatsbürger voraus. Theoretisch fordert die Frau dem Manne als Staatsbürgerin gleichgestellt, praktisch jedoch ist die Staatsbürgerin zweiter Klasse. Sie darf wählen — und als Wählerin wird man mit ihr — sie darf auch gewählt werden, nur stellt man

fast keine Frauen an aussichtsreicher Stelle zur Wahl auf.

In den meisten Stadtparlamenten sind überhaupt keine Frauen; in der Verfassunggebenden Landesversammlung Württemberg-Badens waren unter 100 Abgeordneten 7 Frauen (CDU 3, KPD 2 und SPD 2).

Die Frau fordert die Mitwirkung von Frauen im Parlament und in der Stadtverwaltung nicht weil sie glaubt, ihre Interessen dort von Frauen vertreten lassen zu müssen. Sie fordert gleichberechtigte Mitwirkung, weil es in einer Demokratie selbstverständlich ist, daß alle Bürger aktiv an der Politik Anteil nehmen. Die Menschheit besteht aus Männern und Frauen, wenn beide Geschlechter miteinander die Politik bestimmen, leben wir demokratisch. Die Frauen müssen die Folgen männlicher Politik jederzeit voll und ganz mittragen, es ist deshalb nur recht und billig, daß sie in allen politischen Fragen mitberaten und mitentscheiden.

Das Ausland wird bei den kommenden Wahlen sehr darauf sehen, wie die Stellung der Frauen in Deutschland sein wird, da der deutsche Männerstaat ihm immer bedrohlich erscheinen wird. Eine stärkere Heranziehung der Frau wird gerade dem Ausland gegenüber der beste Beweis sein, daß Deutschland der Diktatur abgeschworen hat und sich zur Demokratie aus innerster demokratischer Überzeugung bekennt.

Wir fordern daher die Aufstellung von weiblichen

senlich mehr Kandidatinnen an aussichtsreicher Stelle bei den neuen Landtagswahlen. Ein Verhältnis von 7:100 entspricht in keiner Weise den tatsächlichen Verhältnissen, von der Tatsache des Frauenüberschusses ganz zu schweigen, die auch um der dadurch entstehenden besonderen Probleme eine sehr viel stärkere Mitbestimmung der Frauen verlangen würde. — Daß die Frauen in den Parlamenten sich ebenso durchsetzen wie in allen anderen Bereichen, haben die deutschen Frauen in der Weimarer Republik bewiesen, beweisen die Frauen in den Parlamenten der ganzen Welt. Trotz der politischen Ausschaltung der Frau im Nationalsozialismus, die eine politische Schulung und Erziehung der Frau in Deutschland unmöglich machte, haben alle Parteien genügend Frauen, die geeignet sind, als Kandidatinnen zu den Wahlen aufgestellt zu werden. Wenn die Frauen in Deutschland wieder bewußt im öffentlichen Leben und politischen Einflußnahme ferngehalten werden, gibt es keine andere Erklärung dafür, als daß Deutschland noch weit davon entfernt ist, demokratisch zu denken und zu leben.

Dr. Erdmuth Falkenberg, Heidelberg Frauenverein e.V.

Die wildesten Konflikte des Herzens lösen sich nicht in Tränen und nicht im Blut, sondern nur im reinen Tau des Waldes.

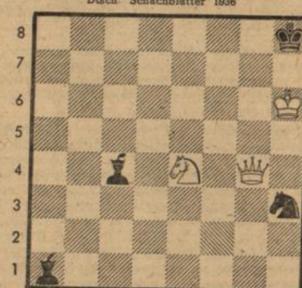
Peter Rosegger.

Alle Hetze ist vom Teufel. Die Besonnenheit ist von Gott.

Arabisches Sprichwort.

Schach-Post

Aufgabe Nr. 27
v. H. Bartels, Berlin
Dtsch. Schachblätter 1936



Matt in 3 Zügen
Königstellung: Weiß: Kf8, Dd4, Sd3 (3 Steine)

Lösungen der Aufgabe 22 bis 26. Nr. 22 (Königs 1. Dg1-g2, 2. Td2-e2, 3. Lc3-d3, 4. Lc3-matt (Nebenlösung 1. Td2-Tc2, 2. Nf3-Pf4, 3. Lf1-Ld1 (droht Sd5) 1. Sd7, 2. Sd7-f6, 3. Ld5-matt, 1. Lc7, 2. Ld7-e2, 3. Ld5-matt, 1. Lc7, 2. Sd7-f6, 3. Kd3-matt, 1. Ld1, 2. Ld1-e2, 3. Kf6, 1. Kf6, 2. Sd7-f6, 3. Kd3-matt, 1. Ld1, 2. Sd7-f6, 3. Kf6, 1. Td2, 2. Dd5, 3. K-g6

Gottesdienste

Evang. Gottesdienste, Samstag, 16. Nov., Matthäuskirche: 9 Uhr, Wochenschulausgang, Sonntag, 17. Nov., 8 Uhr, 10 Uhr, 12 Uhr, 3 Uhr, 7 Uhr, 9 Uhr, 11 Uhr, 12 Uhr, 14 Uhr, 16 Uhr, 18 Uhr, 20 Uhr, 22 Uhr, 24 Uhr, 26 Uhr, 28 Uhr, 30 Uhr, 32 Uhr, 34 Uhr, 36 Uhr, 38 Uhr, 40 Uhr, 42 Uhr, 44 Uhr, 46 Uhr, 48 Uhr, 50 Uhr, 52 Uhr, 54 Uhr, 56 Uhr, 58 Uhr, 60 Uhr, 62 Uhr, 64 Uhr, 66 Uhr, 68 Uhr, 70 Uhr, 72 Uhr, 74 Uhr, 76 Uhr, 78 Uhr, 80 Uhr, 82 Uhr, 84 Uhr, 86 Uhr, 88 Uhr, 90 Uhr, 92 Uhr, 94 Uhr, 96 Uhr, 98 Uhr, 100 Uhr, 102 Uhr, 104 Uhr, 106 Uhr, 108 Uhr, 110 Uhr, 112 Uhr, 114 Uhr, 116 Uhr, 118 Uhr, 120 Uhr, 122 Uhr, 124 Uhr, 126 Uhr, 128 Uhr, 130 Uhr, 132 Uhr, 134 Uhr, 136 Uhr, 138 Uhr, 140 Uhr, 142 Uhr, 144 Uhr, 146 Uhr, 148 Uhr, 150 Uhr, 152 Uhr, 154 Uhr, 156 Uhr, 158 Uhr, 160 Uhr, 162 Uhr, 164 Uhr, 166 Uhr, 168 Uhr, 170 Uhr, 172 Uhr, 174 Uhr, 176 Uhr, 178 Uhr, 180 Uhr, 182 Uhr, 184 Uhr, 186 Uhr, 188 Uhr, 190 Uhr, 192 Uhr, 194 Uhr, 196 Uhr, 198 Uhr, 200 Uhr, 202 Uhr, 204 Uhr, 206 Uhr, 208 Uhr, 210 Uhr, 212 Uhr, 214 Uhr, 216 Uhr, 218 Uhr, 220 Uhr, 222 Uhr, 224 Uhr, 226 Uhr, 228 Uhr, 230 Uhr, 232 Uhr, 234 Uhr, 236 Uhr, 238 Uhr, 240 Uhr, 242 Uhr, 244 Uhr, 246 Uhr, 248 Uhr, 250 Uhr, 252 Uhr, 254 Uhr, 256 Uhr, 258 Uhr, 260 Uhr, 262 Uhr, 264 Uhr, 266 Uhr, 268 Uhr, 270 Uhr, 272 Uhr, 274 Uhr, 276 Uhr, 278 Uhr, 280 Uhr, 282 Uhr, 284 Uhr, 286 Uhr, 288 Uhr, 290 Uhr, 292 Uhr, 294 Uhr, 296 Uhr, 298 Uhr, 300 Uhr, 302 Uhr, 304 Uhr, 306 Uhr, 308 Uhr, 310 Uhr, 312 Uhr, 314 Uhr, 316 Uhr, 318 Uhr, 320 Uhr, 322 Uhr, 324 Uhr, 326 Uhr, 328 Uhr, 330 Uhr, 332 Uhr, 334 Uhr, 336 Uhr, 338 Uhr, 340 Uhr, 342 Uhr, 344 Uhr, 346 Uhr, 348 Uhr, 350 Uhr, 352 Uhr, 354 Uhr, 356 Uhr, 358 Uhr, 360 Uhr, 362 Uhr, 364 Uhr, 366 Uhr, 368 Uhr, 370 Uhr, 372 Uhr, 374 Uhr, 376 Uhr, 378 Uhr, 380 Uhr, 382 Uhr, 384 Uhr, 386 Uhr, 388 Uhr, 390 Uhr, 392 Uhr, 394 Uhr, 396 Uhr, 398 Uhr, 400 Uhr, 402 Uhr, 404 Uhr, 406 Uhr, 408 Uhr, 410 Uhr, 412 Uhr, 414 Uhr, 416 Uhr, 418 Uhr, 420 Uhr, 422 Uhr, 424 Uhr, 426 Uhr, 428 Uhr, 430 Uhr, 432 Uhr, 434 Uhr, 436 Uhr, 438 Uhr, 440 Uhr, 442 Uhr, 444 Uhr, 446 Uhr, 448 Uhr, 450 Uhr, 452 Uhr, 454 Uhr, 456 Uhr, 458 Uhr, 460 Uhr, 462 Uhr, 464 Uhr, 466 Uhr, 468 Uhr, 470 Uhr, 472 Uhr, 474 Uhr, 476 Uhr, 478 Uhr, 480 Uhr, 482 Uhr, 484 Uhr, 486 Uhr, 488 Uhr, 490 Uhr, 492 Uhr, 494 Uhr, 496 Uhr, 498 Uhr, 500 Uhr, 502 Uhr, 504 Uhr, 506 Uhr, 508 Uhr, 510 Uhr, 512 Uhr, 514 Uhr, 516 Uhr, 518 Uhr, 520 Uhr, 522 Uhr, 524 Uhr, 526 Uhr, 528 Uhr, 530 Uhr, 532 Uhr, 534 Uhr, 536 Uhr, 538 Uhr, 540 Uhr, 542 Uhr, 544 Uhr, 546 Uhr, 548 Uhr, 550 Uhr, 552 Uhr, 554 Uhr, 556 Uhr, 558 Uhr, 560 Uhr, 562 Uhr, 564 Uhr, 566 Uhr, 568 Uhr, 570 Uhr, 572 Uhr, 574 Uhr, 576 Uhr, 578 Uhr, 580 Uhr, 582 Uhr, 584 Uhr, 586 Uhr, 588 Uhr, 590 Uhr, 592 Uhr, 594 Uhr, 596 Uhr, 598 Uhr, 600 Uhr, 602 Uhr, 604 Uhr, 606 Uhr, 608 Uhr, 610 Uhr, 612 Uhr, 614 Uhr, 616 Uhr, 618 Uhr, 620 Uhr, 622 Uhr, 624 Uhr, 626 Uhr, 628 Uhr, 630 Uhr, 632 Uhr, 634 Uhr, 636 Uhr, 638 Uhr, 640 Uhr, 642 Uhr, 644 Uhr, 646 Uhr, 648 Uhr, 650 Uhr, 652 Uhr, 654 Uhr, 656 Uhr, 658 Uhr, 660 Uhr, 662 Uhr, 664 Uhr, 666 Uhr, 668 Uhr, 670 Uhr, 672 Uhr, 674 Uhr, 676 Uhr, 678 Uhr, 680 Uhr, 682 Uhr, 684 Uhr, 686 Uhr, 688 Uhr, 690 Uhr, 692 Uhr, 694 Uhr, 696 Uhr, 698 Uhr, 700 Uhr, 702 Uhr, 704 Uhr, 706 Uhr, 708 Uhr, 710 Uhr, 712 Uhr, 714 Uhr, 716 Uhr, 718 Uhr, 720 Uhr, 722 Uhr, 724 Uhr, 726 Uhr, 728 Uhr, 730 Uhr, 732 Uhr, 734 Uhr, 736 Uhr, 738 Uhr, 740 Uhr, 742 Uhr, 744 Uhr, 746 Uhr, 748 Uhr, 750 Uhr, 752 Uhr, 754 Uhr, 756 Uhr, 758 Uhr, 760 Uhr, 762 Uhr, 764 Uhr, 766 Uhr, 768 Uhr, 770 Uhr, 772 Uhr, 774 Uhr, 776 Uhr, 778 Uhr, 780 Uhr, 782 Uhr, 784 Uhr, 786 Uhr, 788 Uhr, 790 Uhr, 792 Uhr, 794 Uhr, 796 Uhr, 798 Uhr, 800 Uhr, 802 Uhr, 804 Uhr, 806 Uhr, 808 Uhr, 810 Uhr, 812 Uhr, 814 Uhr, 816 Uhr, 818 Uhr, 820 Uhr, 822 Uhr, 824 Uhr, 826 Uhr, 828 Uhr, 830 Uhr, 832 Uhr, 834 Uhr, 836 Uhr, 838 Uhr, 840 Uhr, 842 Uhr, 844 Uhr, 846 Uhr, 848 Uhr, 850 Uhr, 852 Uhr, 854 Uhr, 856 Uhr, 858 Uhr, 860 Uhr, 862 Uhr, 864 Uhr, 866 Uhr, 868 Uhr, 870 Uhr, 872 Uhr, 874 Uhr, 876 Uhr, 878 Uhr, 880 Uhr, 882 Uhr, 884 Uhr, 886 Uhr, 888 Uhr, 890 Uhr, 892 Uhr, 894 Uhr, 896 Uhr, 898 Uhr, 900 Uhr, 902 Uhr, 904 Uhr, 906 Uhr, 908 Uhr, 910 Uhr, 912 Uhr, 914 Uhr, 916 Uhr, 918 Uhr, 920 Uhr, 922 Uhr, 924 Uhr, 926 Uhr, 928 Uhr, 930 Uhr, 932 Uhr, 934 Uhr, 936 Uhr, 938 Uhr, 940 Uhr, 942 Uhr, 944 Uhr, 946 Uhr, 948 Uhr, 950 Uhr, 952 Uhr, 954 Uhr, 956 Uhr, 958 Uhr, 960 Uhr, 962 Uhr, 964 Uhr, 966 Uhr, 968 Uhr, 970 Uhr, 972 Uhr, 974 Uhr, 976 Uhr, 978 Uhr, 980 Uhr, 982 Uhr, 984 Uhr, 986 Uhr, 988 Uhr, 990 Uhr, 992 Uhr, 994 Uhr, 996 Uhr, 998 Uhr, 1000 Uhr, 1002 Uhr, 1004 Uhr, 1006 Uhr, 1008 Uhr, 1010 Uhr, 1012 Uhr, 1014 Uhr, 1016 Uhr, 1018 Uhr, 1020 Uhr, 1022 Uhr, 1024 Uhr, 1026 Uhr, 1028 Uhr, 1030 Uhr, 1032 Uhr, 1034 Uhr, 1036 Uhr, 1038 Uhr, 1040 Uhr, 1042 Uhr, 1044 Uhr, 1046 Uhr, 1048 Uhr, 1050 Uhr, 1052 Uhr, 1054 Uhr, 1056 Uhr, 1058 Uhr, 1060 Uhr, 1062 Uhr, 1064 Uhr, 1066 Uhr, 1068 Uhr, 1070 Uhr, 1072 Uhr, 1074 Uhr, 1076 Uhr, 1078 Uhr, 1080 Uhr, 1082 Uhr, 1084 Uhr, 1086 Uhr, 1088 Uhr, 1090 Uhr, 1092 Uhr, 1094 Uhr, 1096 Uhr, 1098 Uhr, 1100 Uhr, 1102 Uhr, 1104 Uhr, 1106 Uhr, 1108 Uhr, 1110 Uhr, 1112 Uhr, 1114 Uhr, 1116 Uhr, 1118 Uhr, 1120 Uhr, 1122 Uhr, 1124 Uhr, 1126 Uhr, 1128 Uhr, 1130 Uhr, 1132 Uhr, 1134 Uhr, 1136 Uhr, 1138 Uhr, 1140 Uhr, 1142 Uhr, 1144 Uhr, 1146 Uhr, 1148 Uhr, 1150 Uhr, 1152 Uhr, 1154 Uhr, 1156 Uhr, 1158 Uhr, 1160 Uhr, 1162 Uhr, 1164 Uhr, 1166 Uhr, 1168 Uhr, 1170 Uhr, 1172 Uhr, 1174 Uhr, 1176 Uhr, 1178 Uhr, 1180 Uhr, 1182 Uhr, 1184 Uhr, 1186 Uhr, 1188 Uhr, 1190 Uhr, 1192 Uhr, 1194 Uhr, 1196 Uhr, 1198 Uhr, 1200 Uhr, 1202 Uhr, 1204 Uhr, 1206 Uhr, 1208 Uhr, 1210 Uhr, 1212 Uhr, 1214 Uhr, 1216 Uhr, 1218 Uhr, 1220 Uhr, 1222 Uhr, 1224 Uhr, 1226 Uhr, 1228 Uhr, 1230 Uhr, 1232 Uhr, 1234 Uhr, 1236 Uhr, 1238 Uhr, 1240 Uhr, 1242 Uhr, 1244 Uhr, 1246 Uhr, 1248 Uhr, 1250 Uhr, 1252 Uhr, 1254 Uhr, 1256 Uhr, 1258 Uhr, 1260 Uhr, 1262 Uhr, 1264 Uhr, 1266 Uhr, 1268 Uhr, 1270 Uhr, 1272 Uhr, 1274 Uhr, 1276 Uhr, 1278 Uhr, 1280 Uhr, 1282 Uhr, 1284 Uhr, 1286 Uhr, 1288 Uhr, 1290 Uhr, 1292 Uhr, 1294 Uhr, 1296 Uhr, 1298 Uhr, 1300 Uhr, 1302 Uhr, 1304 Uhr, 1306 Uhr, 1308 Uhr, 1310 Uhr, 1312 Uhr, 1314 Uhr, 1316 Uhr, 1318 Uhr, 1320 Uhr, 1322 Uhr, 1324 Uhr, 1326 Uhr, 1328 Uhr, 1330 Uhr, 1332 Uhr, 1334 Uhr, 1336 Uhr, 1338 Uhr, 1340 Uhr, 1342 Uhr, 1344 Uhr, 1346 Uhr, 1348 Uhr, 1350 Uhr, 1352 Uhr, 1354 Uhr, 1356 Uhr, 1358 Uhr, 1360 Uhr, 1362 Uhr, 1364 Uhr, 1366 Uhr, 1368 Uhr, 1370 Uhr, 1372 Uhr, 1374 Uhr, 1376 Uhr, 1378 Uhr, 1380 Uhr, 1382 Uhr, 1384 Uhr, 1386 Uhr, 1388 Uhr, 1390 Uhr, 1392 Uhr, 1394 Uhr, 1396 Uhr, 1398 Uhr, 1400 Uhr, 1402 Uhr, 1404 Uhr, 1406 Uhr, 1408 Uhr, 1410 Uhr, 1412 Uhr, 1414 Uhr, 1416 Uhr, 1418 Uhr, 1420 Uhr, 1422 Uhr, 1424 Uhr, 1426 Uhr, 1428 Uhr, 1430 Uhr, 1432 Uhr, 1434 Uhr, 1436 Uhr, 1438 Uhr, 1440 Uhr, 1442 Uhr, 1444 Uhr, 1446 Uhr, 1448 Uhr, 1450 Uhr, 1452 Uhr, 1454 Uhr, 1456 Uhr, 1458 Uhr, 1460 Uhr, 1462 Uhr, 1464 Uhr, 1466 Uhr, 1468 Uhr, 1470 Uhr, 1472 Uhr, 1474 Uhr, 1476 Uhr, 1478 Uhr, 1480 Uhr, 1482 Uhr, 1484 Uhr, 1486 Uhr, 1488 Uhr, 1490 Uhr, 1492 Uhr, 1494 Uhr, 1496 Uhr, 1498 Uhr, 1500 Uhr, 1502 Uhr, 1504 Uhr, 1506 Uhr, 1508 Uhr, 1510 Uhr, 1512 Uhr, 1514 Uhr, 1516 Uhr, 1518 Uhr, 1520 Uhr, 1522 Uhr, 1524 Uhr, 1526 Uhr, 1528 Uhr, 1530 Uhr, 1532 Uhr, 1534 Uhr, 1536 Uhr, 1538 Uhr, 1540 Uhr, 1542 Uhr, 1544 Uhr, 1546 Uhr, 1548 Uhr, 1550 Uhr, 1552 Uhr, 1554 Uhr, 1556 Uhr, 1558 Uhr, 1560 Uhr, 1562 Uhr, 1564 Uhr, 1566 Uhr, 1568 Uhr, 1570 Uhr, 1572 Uhr, 1574 Uhr, 1576 Uhr, 1578 Uhr, 1580 Uhr, 1582 Uhr, 1584 Uhr, 1586 Uhr, 1588 Uhr, 1590 Uhr, 1592 Uhr, 1594 Uhr, 1596 Uhr, 1598 Uhr, 1600 Uhr, 1602 Uhr, 1604 Uhr, 1606 Uhr, 1608 Uhr, 1610 Uhr, 1612 Uhr, 1614 Uhr, 1616 Uhr, 1618 Uhr, 1620 Uhr, 1622 Uhr, 1624 Uhr, 1626 Uhr, 1628 Uhr, 1630 Uhr, 1632 Uhr, 1634 Uhr, 1636 Uhr, 1638 Uhr, 1640 Uhr, 1642 Uhr, 1644 Uhr, 1646 Uhr, 1648 Uhr, 1650 Uhr, 1652 Uhr, 1654 Uhr, 1656 Uhr, 1658 Uhr, 1660 Uhr, 1662 Uhr, 1664 Uhr, 1666 Uhr, 1668 Uhr, 1670 Uhr, 1672 Uhr, 1674 Uhr, 1676 Uhr, 1678 Uhr, 1680 Uhr, 1682 Uhr, 1684 Uhr, 1686 Uhr, 1688 Uhr, 1690 Uhr, 1692 Uhr, 1694 Uhr, 1696 Uhr, 1698 Uhr, 1700 Uhr, 1702 Uhr, 1704 Uhr, 1706 Uhr, 1708 Uhr, 1710 Uhr, 1712 Uhr, 1714 Uhr, 1716 Uhr, 1718 Uhr, 1720 Uhr, 1722 Uhr, 1724 Uhr, 1726 Uhr, 1728 Uhr, 1730 Uhr, 1732 Uhr, 1734 Uhr, 1736 Uhr, 1738 Uhr, 1740 Uhr, 1742 Uhr, 1744 Uhr, 1746 Uhr, 1748 Uhr, 1750 Uhr, 1752 Uhr, 1754 Uhr, 1756 Uhr, 1758 Uhr, 1760 Uhr, 1762 Uhr, 1764 Uhr, 1766 Uhr, 1768 Uhr, 1770 Uhr, 1772 Uhr, 1774 Uhr, 1776 Uhr, 1778 Uhr, 1780 Uhr, 1782 Uhr, 1784 Uhr, 1786 Uhr, 1788 Uhr, 1790 Uhr, 1792 Uhr, 1794 Uhr, 1796 Uhr, 1798 Uhr, 1800 Uhr, 1802 Uhr, 1804 Uhr, 1806 Uhr, 1808 Uhr, 1810 Uhr, 1812 Uhr, 1814 Uhr, 1816 Uhr, 1818 Uhr, 1820 Uhr, 1822 Uhr, 1824 Uhr, 1826 Uhr, 1828 Uhr, 1830 Uhr, 1832 Uhr, 1834 Uhr, 1836 Uhr, 1838 Uhr, 1840 Uhr, 1842 Uhr, 1844 Uhr, 1846 Uhr, 1848 Uhr, 1850 Uhr, 1852 Uhr, 1854 Uhr, 1856 Uhr, 1858 Uhr, 1860 Uhr, 1862 Uhr, 1864 Uhr, 1866 Uhr, 1868 Uhr, 1870 Uhr, 1872 Uhr, 1874 Uhr, 1876 Uhr, 1878 Uhr, 1880 Uhr, 1882 Uhr, 1884 Uhr, 1886 Uhr, 1888 Uhr, 1890 Uhr, 1892 Uhr, 1894 Uhr, 1896 Uhr, 1898 Uhr, 1900 Uhr, 1902 Uhr, 1904 Uhr, 1906 Uhr, 1908 Uhr, 1910 Uhr, 1912 Uhr, 1914 Uhr, 1916 Uhr, 1918 Uhr, 1920 Uhr, 1922 Uhr, 1924 Uhr, 1926 Uhr, 1928 Uhr, 1930 Uhr, 1932 Uhr, 1934 Uhr, 1936 Uhr, 1938 Uhr, 1940 Uhr, 1942 Uhr, 1944 Uhr, 1946 Uhr, 1948 Uhr, 1950 Uhr, 1952 Uhr, 1954 Uhr, 1956 Uhr, 1958 Uhr, 1960 Uhr, 1962 Uhr, 1964 Uhr, 1966 Uhr, 1968 Uhr, 1970 Uhr, 1972 Uhr, 1974 Uhr, 1976 Uhr, 1978 Uhr, 1980 Uhr, 1982 Uhr, 1984 Uhr, 1986 Uhr, 1988 Uhr, 1990 Uhr, 1992 Uhr, 1994 Uhr, 1996 Uhr, 1998 Uhr, 2000 Uhr, 2002 Uhr, 2004 Uhr, 2006 Uhr, 2008 Uhr, 2010 Uhr, 2012 Uhr, 2014 Uhr, 2016 Uhr, 2018 Uhr, 2020 Uhr, 2022 Uhr, 2024 Uhr, 2026 Uhr, 2028 Uhr, 2030 Uhr, 2032 Uhr, 2034 Uhr, 2036 Uhr, 2038 Uhr, 2040 Uhr, 2042 Uhr, 2044 Uhr, 2046 Uhr, 2048 Uhr, 2050 Uhr, 2052 Uhr, 2054 Uhr, 2056 Uhr, 2058 Uhr, 2060 Uhr, 2062 Uhr, 2064 Uhr, 2066 Uhr, 2068 Uhr, 2070 Uhr, 2072 Uhr, 2074 Uhr, 2076 Uhr, 2078 Uhr, 2080 Uhr, 2082 Uhr, 2084 Uhr, 2086 Uhr, 2088 Uhr, 2090 Uhr, 2092 Uhr, 2094 Uhr, 2096 Uhr, 2098 Uhr, 2100 Uhr, 2102 Uhr, 2104 Uhr, 2106 Uhr, 2108 Uhr, 2110 Uhr, 2112 Uhr, 2114 Uhr, 2116 Uhr, 2118 Uhr, 2120 Uhr, 2122 Uhr, 2124 Uhr, 2126 Uhr, 2128 Uhr, 2130 Uhr, 2132 Uhr, 2134 Uhr, 2136 Uhr, 2138 Uhr, 2140 Uhr, 2142 Uhr, 2144 Uhr, 2146 Uhr, 2148 Uhr, 2150 Uhr, 2152 Uhr, 2154 Uhr, 2156 Uhr, 2158 Uhr, 2160 Uhr, 2162 Uhr, 2164 Uhr, 2166 Uhr, 2168 Uhr, 2170 Uhr, 2172 Uhr, 2174 Uhr, 2176 Uhr, 2178 Uhr, 2180 Uhr, 2182 Uhr, 2184 Uhr, 2186 Uhr, 2188 Uhr, 2190 Uhr, 2192 Uhr, 2194 Uhr, 2196 Uhr, 2198 Uhr, 2200 Uhr, 2202 Uhr, 2204 Uhr, 2206 Uhr, 2208 Uhr, 2210 Uhr, 2212 Uhr, 2214 Uhr, 2216 Uhr, 2218 Uhr, 2220 Uhr, 2222 Uhr, 2224 Uhr, 2226 Uhr, 2228 Uhr, 2230 Uhr, 2232 Uhr, 2234 Uhr, 2236 Uhr, 2238 Uhr, 2240 Uhr, 2242 Uhr, 2244 Uhr, 2246 Uhr, 2248 Uhr, 2250 Uhr, 2252 Uhr, 2254 Uhr, 2256 Uhr, 2258 Uhr, 2260 Uhr, 2262 Uhr, 2264 Uhr, 2266 Uhr, 2268 Uhr, 2270 Uhr, 2272 Uhr, 2274 Uhr, 2276 Uhr, 2278 Uhr, 2280 Uhr, 2282 Uhr, 2284 Uhr, 2286 Uhr, 2288 Uhr, 2290 Uhr, 2292 Uhr, 2294 Uhr, 2296 Uhr, 2298 Uhr, 2300 Uhr, 2302 Uhr, 2304 Uhr, 2306 Uhr, 2308 Uhr, 2310 Uhr, 2312 Uhr, 2314 Uhr, 2316 Uhr, 2318 Uhr, 2320 Uhr, 2322 Uhr, 2324 Uhr, 2326 Uhr, 2328 Uhr, 2330 Uhr, 2332 Uhr, 2334 Uhr, 2336 Uhr, 2338 Uhr, 2340 Uhr, 2342 Uhr, 2344 Uhr, 2346 Uhr, 2348 Uhr, 2350 Uhr, 2352 Uhr, 2354 Uhr, 2356 Uhr, 2358 Uhr, 2360 Uhr, 2362 Uhr, 2364 Uhr, 2366 Uhr, 2368 Uhr, 2370 Uhr, 2372 Uhr, 2374 Uhr, 2376 Uhr, 2378 Uhr, 2380 Uhr, 2382 Uhr, 2384 Uhr, 2386 Uhr, 2388 Uhr, 2390 Uhr, 2392 Uhr, 2394 Uhr, 2396 Uhr, 2398 Uhr, 2400 Uhr, 2402 Uhr, 2404 Uhr, 2406 Uhr, 2408 Uhr, 2410 Uhr, 2412 Uhr, 2414 Uhr, 2416 Uhr, 2418 Uhr, 2420 Uhr, 2422 Uhr, 2424 Uhr, 2426 Uhr, 2428 Uhr, 2430 Uhr, 2432 Uhr, 2434 Uhr, 2436 Uhr, 2438 Uhr, 2440 Uhr, 2442 Uhr, 2444 Uhr, 2446 Uhr, 2448 Uhr, 2450 Uhr, 2452 Uhr, 2454 Uhr, 2456 Uhr, 2458 Uhr, 2460 Uhr, 2462 Uhr, 2464 Uhr, 2466 Uhr, 2468 Uhr, 2470 Uhr, 2472 Uhr, 2474 Uhr, 2476 Uhr, 2478 Uhr, 2480 Uhr, 2482 Uhr, 2484 Uhr, 2486 Uhr, 2488 Uhr, 2490 Uhr, 2492 Uhr, 2494 Uhr, 2496 Uhr, 2498 Uhr, 2500 Uhr, 2502 Uhr, 2504 Uhr, 2506 Uhr, 2508 Uhr, 2510 Uhr, 2512 Uhr, 2514 Uhr, 2516 Uhr, 2518 Uhr, 2520 Uhr, 2522 Uhr, 2524 Uhr, 2526 Uhr, 2528 Uhr, 2530 Uhr, 2532 Uhr, 2534 Uhr, 2536 Uhr, 2538 Uhr, 2540 Uhr, 2542 Uhr, 2544 Uhr, 2546 Uhr, 2548 Uhr, 2550 Uhr, 2552 Uhr, 2554 Uhr, 2556 Uhr, 2558 Uhr, 2560 Uhr, 2562 Uhr, 2564 Uhr, 2566 Uhr, 2568 Uhr, 2570 Uhr, 2572 Uhr, 2574 Uhr, 2576 Uhr, 2578 Uhr, 2580 Uhr, 2582 Uhr, 2584 Uhr, 2586 Uhr, 2588 Uhr, 2590 Uhr, 2592 Uhr, 2594 Uhr, 2596 Uhr, 2598 Uhr, 2600 Uhr, 2602 Uhr, 2604 Uhr, 2606 Uhr, 2608 Uhr, 2610 Uhr, 2612 Uhr, 2614 Uhr, 2616 Uhr, 2618 Uhr, 2620 Uhr, 2622 Uhr, 2624 Uhr, 2626 Uhr, 2628 Uhr, 2630 Uhr, 2632 Uhr, 2634 Uhr, 2636 Uhr, 2638 Uhr, 2640 Uhr, 2642 Uhr, 2644 Uhr, 2646 Uhr, 2648 Uhr, 2650 Uhr, 2652 Uhr, 2654 Uhr, 2656 Uhr, 2658 Uhr, 2660 Uhr, 2662 Uhr, 2664 Uhr, 2666 Uhr, 2668 Uhr, 2670 Uhr, 2672 Uhr, 2674 Uhr, 2676 Uhr, 2678 Uhr, 2680 Uhr, 2682 Uhr, 2684 Uhr, 2686 Uhr, 2688 Uhr, 2690 Uhr, 2692 Uhr, 2694 Uhr, 2696 Uhr, 2698 Uhr, 2700 Uhr, 2702 Uhr, 2704 Uhr, 2706 Uhr, 2708 Uhr, 2710 Uhr, 2712 Uhr, 2714 Uhr, 2716 Uhr, 2718 Uhr, 2720 Uhr, 2722 Uhr, 2724 Uhr, 2726 Uhr, 2728 Uhr, 2730 Uhr, 2732 Uhr, 2734 Uhr, 2736 Uhr, 2738 Uhr, 2740 Uhr, 2742 Uhr, 2744 Uhr, 2746 Uhr, 2748 Uhr, 2750 Uhr, 2752 Uhr, 2754 Uhr, 2756 Uhr, 2758 Uhr, 2760 Uhr, 2762 Uhr, 2764 Uhr, 2766 Uhr, 2768 Uhr, 2770 Uhr, 2772 Uhr, 2774 Uhr, 2776 Uhr, 2778 Uhr, 2780 Uhr, 2782 Uhr, 2784 Uhr, 2786 Uhr, 2788 Uhr, 2790 Uhr, 2792 Uhr, 2794 Uhr, 2796 Uhr, 2798 Uhr, 2800 Uhr, 2802 Uhr, 2804 Uhr, 2806 Uhr, 2808 Uhr, 2810 Uhr, 2812 Uhr, 2814 Uhr, 2816 Uhr, 2818 Uhr, 2820 Uhr, 2822 Uhr, 2824 Uhr, 2826 Uhr, 2828 Uhr, 2830 Uhr, 2832 Uhr, 2834 Uhr, 2836 Uhr, 2838 Uhr, 2840 Uhr, 2842 Uhr, 2844 Uhr, 2846 Uhr, 2848 Uhr, 2850 Uhr, 2852 Uhr, 2854 Uhr, 2856 Uhr, 2858 Uhr, 2860 Uhr, 2862 Uhr, 2864 Uhr, 2866 Uhr, 2868 Uhr, 2870 Uhr, 2872 Uhr, 2874 Uhr, 2876 Uhr, 2878 Uhr, 2880 Uhr, 2882 Uhr, 2884 Uhr, 2886 Uhr, 2888 Uhr, 2890 Uhr, 2892 Uhr, 2894 Uhr, 2896 Uhr, 2898 Uhr, 2900 Uhr, 2902 Uhr, 2904 Uhr, 2906 Uhr, 2908 Uhr, 2910 Uhr, 2912 Uhr, 2914 Uhr, 2916 Uhr, 2918 Uhr, 2920 Uhr, 2922 Uhr, 2924 Uhr, 2926 Uhr, 2928 Uhr, 2930 Uhr, 2932 Uhr, 2934 Uhr, 2936 Uhr, 2938 Uhr, 2940 Uhr, 2942 Uhr, 2944 Uhr, 2946 Uhr, 2948 Uhr, 2950 Uhr, 2952 Uhr, 2954 Uhr, 2956 Uhr, 2958 Uhr, 2960 Uhr, 2962 Uhr, 2964 Uhr, 2966 Uhr, 2968 Uhr, 2970 Uhr, 2972 Uhr, 2974 Uhr, 2976 Uhr, 2978 Uhr, 2980 Uhr, 2982 Uhr, 2984 Uhr, 2986 Uhr, 2988 Uhr, 2990 Uhr, 2992 Uhr, 2994 Uhr, 2996 Uhr, 2998 Uhr, 3000 Uhr, 3002 Uhr, 3004 Uhr, 3006 Uhr, 3008 Uhr, 3010 Uhr, 3012 Uhr, 3014 Uhr, 3016 Uhr, 3018 Uhr, 3020 Uhr, 3022 Uhr, 3024 Uhr, 3026 Uhr, 3028 Uhr, 3030 Uhr, 3032 Uhr, 3034 Uhr, 3036 Uhr, 3038 Uhr, 3040 Uhr, 3042 Uhr, 3044 Uhr, 3046 Uhr, 3048 Uhr, 3050 Uhr, 3052 Uhr, 3054 Uhr, 3056 Uhr, 3058 Uhr, 3060 Uhr, 3062 Uhr, 3064 Uhr, 3066 Uhr, 3068 Uhr, 3070 Uhr, 3072 Uhr, 3074 Uhr, 3076 Uhr, 3078 Uhr, 3080 Uhr, 3082 Uhr, 3084 Uhr, 3086 Uhr, 3088 Uhr, 3090 Uhr, 3092 Uhr, 3094 Uhr, 3096 Uhr